

C h i n a

special

- **Die Volksrepublik China**
Zur aktuellen politischen,
wirtschaftlichen und
gesellschaftlichen Situation
-

- Sonderdruck aus Anlass der Reise
der Bundeskanzlerin
Angela Merkel
in die Volksrepublik China
vom 22. bis 23. Mai 2006

China

special

Die Volksrepublik China

Zur aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation

Sonderdruck aus Anlass der Reise
der Bundeskanzlerin
Angela Merkel
in die Volksrepublik China
vom 22. bis 23. Mai 2006

Hamburg 2006

Institut für Asienkunde im GIGA German Institute of Global and Area Studies

Rothenbaumchaussee 32 • 20148 Hamburg
Tel.: (040) 42 88 74 - 0 • Fax: (040) 410 79 45
E-Mail: ifa@giga-hamburg.de
<http://www.giga-hamburg.de/ifa>



Verbund Stiftung GIGA – German Institute of Global and Area Studies (vormals Deutsches Übersee-Institut)

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung GIGA – German Institute of Global and Area Studies in Hamburg.

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund

Zur aktuellen politischen Entwicklung in der VR China

Heike Holbig 5

Wirtschaftssystem und aktuelle Wirtschaftsentwicklung

Margot Schüller 25

Biographien: Hu Jintao, Wen Jiabao, Wu Bangguo

Liu Jen-Kai 37

Aktuelle Themen

Taiwan – Stachel im Fleisch der großen chinesischen Nation

Karsten Giese 45

Chinas Technologievisionen und aktuelle Probleme beim sino-ausländischen Technologietransfer

Margot Schüller 50

Die „Bauernfrage“: Sorge um die Ernährungssicherheit und die politische Stabilität

Günter Schucher 54

Umweltzerstörungen und Energiesicherheit als Herausforderung für die chinesische Politik

Katrin Willmann 57

Anhang: Schaubild zur Zentralregierung

Hintergrund

Zur aktuellen politischen Entwicklung in der VR China

Heike Holbig

1 Chinas dreifache Transformation

Die parteistaatliche Führung sieht sich seit der Einleitung ihrer Politik der Reform und Öffnung vor über einem Vierteljahrhundert der Herausforderung einer dreifachen Transformation gegenüber:

- die wirtschaftliche Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft, die im Zuge der außenwirtschaftlichen Öffnung zunehmend unter internationalen Wettbewerbsdruck gerät;
- die soziale Transformation von einer agrarisch geprägten hin zu einer städtischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, die ein funktionierendes soziales Sicherungssystem voraussetzt;
- die politische Transformation von einer leninistischen Ein-Parteien-Diktatur hin zu einer pluralisierten, auf rechtsstaatliche Prinzipien gestützten und politisch verantwortlichen Regierungsordnung.

Aus dieser dreifachen Transformation ergeben sich zahlreiche Probleme und Konflikte, deren Lösung keineswegs trivial ist, zumal weltweit keine eindeutigen Vorbilder oder Patentrezepte für ein unter solchen Umständen „richtiges“ staatliches Verhalten bereitstehen. Häufig wird unterstellt, dass die staatliche Führung der VR China den Problemen und Konflikten weitgehend hilflos ausgeliefert sei. Die überkommenen parteistaatlichen Strukturen seien zu unflexibel und zu fragil, um den bestehenden Problemen effektiv entgegenzutreten, und damit längerfristig zum Scheitern verurteilt.

Diese immer wieder vorzufindende Charakterisierung des chinesischen Regierungssystems als ein starres, letzten Endes reformunfähiges „kommunistisches Regime“ wird den real beobachtbaren Entwicklungen allerdings nicht gerecht. Zum einen sind sich die staatlichen Instanzen durchaus der bestehenden Probleme und Konfliktpotenziale bewusst. In Führungskreisen finden eingehende Diskus-

sionen über die aktuellen Probleme und über mögliche Lösungsstrategien statt, die durch Studien von „think tanks“ fachlich unterfüttert werden. Zum anderen verfügt die staatliche Führung in China durchaus über beträchtliche Kontroll- und Steuerungskapazitäten, um Problemlösungsstrategien nicht nur zu erarbeiten, sondern auch durchzusetzen.

Dies schließt nicht aus, dass sich der Parteistaat teilweise noch althergebrachter leninistischer Instrumente bedient, um seine politische Macht zu sichern. Insbesondere kommt es dort noch immer zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen, bei denen die KPCh auf wahrgenommene Herausforderungen ihres Herrschaftsmonopols und ihres gesellschaftlichen Kontrollanspruchs mit repressiven Maßnahmen reagiert. In anderen Bereichen wie der Verwaltungs- und Wirtschaftsreform aber kann die Führung der VR China als durchaus aufgeschlossen und reformfreudig gelten – wenn auch nicht notwendigerweise im westlichen Sinne von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Auch die oft vertretene Einschätzung, dass die Führung Reformen nur im wirtschaftlichen Bereich vorantreibe, jede Art von politischen Reformen aber weit von sich weise, ist so nicht aufrechtzuerhalten. Tatsächlich haben die wirtschaftlichen Reformen, die ja selbst das Ergebnis neuer politischer Weichenstellungen nach dem Ende der „Kulturrevolution“ waren, eine Dynamik in Gang gesetzt, in der auch die gesellschaftlichen und politischen Strukturen zunehmend unter Reformdruck geraten sind.

2 Die neue Führungsgeneration

Der erste reguläre Führungswechsel in der Geschichte der Volksrepublik, der mit dem XVI. Parteitag der KPCh im Herbst 2002 begonnen hatte, fand Ende 2004 seinen Abschluss. Anlässlich der Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh Mitte September 2004 (und durch den Nationalen Volkskongress im März 2005 formal bestätigt) hat Jiang Zemin (geb. 1926) das letzte seiner politischen Ämter, den Vorsitz über die Zentrale Militärkommission, an seinen Nachfolger Hu Jintao (geb. 1942) abgegeben. Hu Jintao, der im November 2002 das Amt des KPCh-Generalsekretärs übernommen hat und im März 2003 zum Staatspräsidenten der VR China gewählt wurde, vereint damit nun die drei Spitzenpositionen von Partei, Regierung und Militär in einer Person. Auch wenn Jiang Zemin in der Tradition seines Vorgängers Deng Xiaoping nach dem Rückzug von seinem letzten offiziellen Amt weiterhin beträchtlichen informellen Einfluss ausüben dürfte,

kann der Stabwechsel von der dritten an die vierte Führungsgeneration doch als ein positives Indiz für die innere Erneuerungsfähigkeit des autoritär geprägten politischen Systems gewertet werden. Als neuer Vorsitzender der Zentralen Militärkommission gilt es für Hu Jintao, seine Machtbasis innerhalb der Armee, die nach wie vor erhebliches politisches Gewicht besitzt, durch die Beförderung loyaler Gefolgsleute und die Befriedigung finanzieller und strategischer Interessen des Militärs zu festigen. Der XVII. Parteitag der KPCh, der für den Herbst 2007 geplant ist und in dessen Vorfeld zahlreiche personelle Neubesetzungen anstehen, dürfte ein wichtiger Meilenstein in der machtpolitischen Konsolidierung der vierten Führungsgeneration sein. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, dass das Hu-Wen-Team in eine zweite Amtszeit gehen wird.

Gemeinsam mit Hu Jintao ist im Laufe der vergangenen vier Jahre eine neue Führungsmannschaft angetreten: Zwei Drittel der Mitglieder des Politbüros, deren Zahl von zuvor 23 auf nunmehr 25 erweitert wurde, sind neu in dieses Gremium gewählt worden. Das durchschnittliche Einstiegsalter ist damit von 64 Jahren im 1997 gewählten Politbüro des XV. Zentralkomitees der KPCh auf knapp 60 Jahre gesunken – im historischen Vergleich eine erhebliche Verjüngung. Der Ständige Ausschuss des Politbüros, der den Apex parteistaatlicher Macht bildet, wurde von bislang sieben auf neun Mitglieder erweitert. Unter den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses befindet sich auch der neue Ministerpräsident Wen Jiabao (geb. 1942), ein Fachmann für Finanz- und agrarpolitische Fragen, der auf dem X. Nationalen Volkskongress im März 2003 die Nachfolge von Zhu Rongji (geb. 1928) angetreten ist. Soweit bislang zu beobachten ist, setzt Wen Jiabao die Regierungspolitik seines Vorgängers, deren Schwerpunkte in sozial abgefederten marktwirtschaftlichen Reformen und dem Aufbau eines effizienteren, schlankeren und stärker an rechtsstaatliche Normen gebundenen Verwaltungsapparats liegen, im Wesentlichen fort. Einen stärkeren Akzent als sein Vorgänger setzt Wen Jiabao dabei auf die Berücksichtigung bislang benachteiligter sozialer Bevölkerungsgruppen.

Die neue Führungsgeneration besteht in der Mehrzahl aus „Technokraten“, viele von ihnen ausgebildete Ingenieure mit Erfahrungen in der Wirtschaftsbürokratie und der Staatsindustrie, im Alter etwa zwischen Mitte 50 und Ende 60 Jahren. Diese Generation hat in jungen Jahren die Phase der „Kulturrevolution“ und in einem ebenfalls formativen Lebensabschnitt den Beginn der Reformperiode erlebt – widersprüchliche Erfahrungen, die bei den meisten den Glauben in ideologische Gehalte erschüttert und eine pragmatische Haltung bewirkt haben. Entgegen einer verbreiteten Ansicht haben nur wenige Vertreter der neuen Führungsgenera-

tion im Ausland studiert. Erst unter der „fünften Führungsgeneration“ werden mehr Personen mit substanziellen Auslandserfahrungen sein. Die Generation der heute Ende 30- bis Mitte 50-Jährigen, deren Erfahrungen durch die Reformperiode nach 1979 geprägt wurden, befindet sich nun in Wartestellung. Unter ihnen findet sich ein höherer Anteil an geschulten Ökonomen und Fachkräften aus dem Bankensystem und der Finanzverwaltung, aber auch an Rechtsanwälten und Sozialwissenschaftlern. Diese Gruppe, die mit westlichen Methoden der Unternehmensorganisation und des Wirtschaftsmanagements gut vertraut ist – was allerdings keineswegs mit einer prowestlichen Haltung einhergehen muss –, wird gegenwärtig von der staatlichen Führung massiv umworben und für verantwortliche Regierungsämter rekrutiert. Insgesamt ist zu erwarten, dass für die kommende Führungsgeneration die Bedeutung ideologischer Verhaltensorientierungen zugunsten einer sach- und problemlösungsorientierten Verwaltungskultur schwinden wird.

Generell ist zu konstatieren, dass der Einfluss einzelner Individuen auf den politischen Entscheidungsprozess über die vergangenen Jahre immer stärker zurückgewichen ist. Demgegenüber spielen formale Regeln und Verfahren eine zunehmend wichtigere Rolle. So können Parteitage und Sitzungen des Nationalen Volkskongresses aus den letzten Jahren als Beleg dafür gelten, dass Altersgrenzen und Befristungen der Amtszeiten auch für hochrangige Partei- und Regierungsämter inzwischen weitgehend verbindlich eingehalten werden. Eine allmähliche Institutionalisierung politischer Prozesse kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass höhere Bildungsabschlüsse und gute fachliche Qualifikationen als zunehmend wichtige Kriterien für Besetzungen und Beförderungen auch in hohen Staatsämtern herangezogen werden. Diese Faktoren sprechen dafür, dass die Rolle persönlicher Machtpolitik in Zukunft – abgesehen von möglichen innen- oder außenpolitischen Krisenphasen – noch weiter zugunsten kollektiver Entscheidungen und konsultativer Mechanismen zurückgedrängt werden wird.

3 Die Kommunistische Partei Chinas

Die Mitgliederzahl der KPCh nimmt stetig zu, wenn der Zuwachs in den vergangenen beiden Jahren auch leicht rückläufig war. Mittlerweile verzeichnet die Partei rund 70 Mio. Mitglieder, was etwa 5% der Bevölkerung entspricht. Der relativ hohe Anteil junger, gut ausgebildeter Parteimitglieder weist darauf hin,

dass die Partei noch immer als wichtiges Karrierevehikel gilt. Nach wie vor sitzen Parteifunktionäre an allen Schaltstellen staatlicher Politik.

Dies täuscht jedoch nicht über die Tatsache hinweg, dass die gesellschaftliche Basis der KPCh im Verlauf der Reformperiode nach und nach erodiert ist. Die sozialen Gruppen, auf deren Vertretung die Partei ihren Herrschaftsanspruch maßgeblich zurückführt, nämlich die Massen der Arbeiter und Bauern, sind in wachsendem Maße zu Verlierern des Reformprozesses geworden. Zwar ist der Lebensstandard des überwiegenden Teils dieser Bevölkerungsgruppen absolut gestiegen, doch fühlen sie sich im Vergleich zur neu entstandenen Unternehmelite, die aus den wirtschaftlichen Reformen enorm profitiert, zunehmend im gesellschaftlichen Abseits. Benachteiligt fühlen sich aber auch die so genannten „Intellektuellen“, also die weite Gruppe von Angestellten, Lehrern, Facharbeitern und Akademikern, deren sozialer und Einkommensstatus im Zuge der Reformen ebenfalls gesunken ist. Arbeitslosigkeit und das Fehlen eines funktionsfähigen Sozialsicherungssystems verstärken die Unsicherheit und Unzufriedenheit in diesen Schichten. Der frühere gesellschaftliche Vertretungsanspruch der KPCh als Vorhut der werktätigen Massen ist damit im Lauf der Reformperiode zusehends ausgehöhlt worden.

Vor diesem Hintergrund ist die große Bedeutung einer Öffnung der KPCh für Privatunternehmer und andere Vertreter der neuen wirtschaftlichen Eliten verständlich, wie sie von Jiang Zemin seit dem Jahr 2001 in Gestalt seiner Theorie der „Dreifachen Repräsentation“ (die KPCh repräsentiert „die Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivkräfte, die Ausrichtung der fortschrittlichen Kultur und die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung Chinas“) angekündigt worden war und nach heftigen parteiinternen Kontroversen auf dem XVI. Parteitag der KPCh im Herbst 2002 auch im Parteistatut festgeschrieben wurde. Im März 2004 wurden nach längerer Diskussion zudem mehrere Verfassungsrevisionen zum Schutz privaten Eigentums verabschiedet. Unterstanden bislang nur private Einkommen, Ersparnisse und Immobilien einem expliziten rechtlichen Schutz, so wurden erstmals auch Einkünfte aus Investitionen und Eigentum an privaten Unternehmen in den Schutzbereich der Verfassung eingeschlossen. Wie insbesondere Wirtschaftsverbände seit Jahren forderten, wird unternehmerisches Eigentum damit in einem deutlich umfassenderen Sinne als bisher rechtlich geschützt. Im Wesentlichen wurde mit diesen Schritten die marxistische Logik des Klassenkampfes aufgegeben und stattdessen eine umfassende, alle gesellschaftlichen Gruppen einschließende Modernisierungsstrategie befürwortet.

Signalwirkung hatte der Vorstoß vor allem deshalb, weil die realen Leistungen der neuen Unternehmerelite für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas nach langen Jahren die gebührende politische Anerkennung fanden. Wie manche Kommentatoren voraussagten, könnte sich die KPCh damit längerfristig von einer „Klassenpartei“ in eine „Volkspartei“ wandeln.

Allerdings ist Jiang Zemins elitistische Neudefinition der sozialen Basis der KPCh seit dem Antritt seines Nachfolgers Hu Jintao unter ideologischen Beschuss von Seiten der so genannten „Neuen Linken“ geraten, die in den vergangenen Jahren nach und nach an Einfluss gewonnen hat und sich dezidiert marxistischer bzw. sozialistischer Denkfiguren bedient. Kritisiert wird vom konservativen Flügel linksgerichteter Parteivertreter und Intellektueller nicht nur die politische Aufwertung ehemaliger „Kapitalisten“ und „Ausbeuter“ zu vollwertigen Mitbürgern und Parteimitgliedern, sondern vor allem auch der rechtliche Schutz von Privateigentum. Dieser wird nicht im Sinne einer längst überfälligen Gleichstellung des wachsenden Mittelstandes verstanden, sondern im Sinne einer verfassungswidrigen Privilegierung der „Neureichen“ und ihres – in den Augen der Kritiker – oft illegal erworbenen Vermögens. Die Folge sei eine Zementierung der sozialen Schieflage. Ein Gesetzentwurf zum Schutz privater Eigentumsrechte, der im Gefolge der Verfassungsrevision von 2004 ursprünglich auf der jüngsten Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2006 verabschiedet werden sollte, wurde angesichts dieser scharfen Kritik vorerst auf Eis gelegt.

Rückenwind erhält dieser konservative Parteiflügel durch die wachsende Zahl sozialer Proteste, die in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war. Sie dient der „Neuen Linken“ als willkommenen Anlass, die bisherige liberale Stoßrichtung marktwirtschaftlicher Reformen in Frage zu stellen und ein parteipolitisches Umdenken zugunsten traditioneller Grundwerte wie sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit anzumahnen. Unter dem Druck dieser konservativen Kräfte vollziehen Hu Jintao und Wen Jiabao derzeit eine ideologische Gratwanderung, die ihre politische Handlungsfähigkeit spürbar einschränkt. Einerseits signalisierten die beiden zuletzt auch auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses mehrfach ihren Willen, den eingeschlagenen Reform- und Öffnungskurs unbeirrt fortzusetzen. Andererseits versucht die Parteiführung, konservative Kräfte in den eigenen Reihen durch neue Konzepte und Strategien wie etwa die im Jahr 2004 eingeführte „harmonische sozialistische Gesellschaft“ oder die zu Jahresanfang 2006 vorgestellte Politik des „neuen sozialistischen ländlichen Raums“ – im Wesentlichen eine Fortsetzung früherer Maßnahmen zur Besserstellung verarmter

ländlicher Bevölkerungsteile – zu befriedigen. Wie diese Gratwanderung zeigt, spielt die Parteiideologie, die angesichts des unter Deng Xiaoping eingeschlagenen pragmatischen Reformkurses von vielen Kommentatoren längst als bedeutungslos erklärt worden war, im politischen Entscheidungsprozess der KPCh heute wieder eine wichtige Rolle.

4 Politische und administrative Reformen

Von Anfang an stand die neue parteistaatliche Führung unter Hu Jintao und Wen Jiabao unter dem beträchtlichen Erwartungsdruck, das lange aufgeschobene Thema politischer Reformen nun endlich anzupacken. Die Betonung von Volksnähe, Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und institutionalisierten kollektiven Abstimmungsprozessen in der Partei, mit der sich Hu seit dem Jahr 2002 als neuer Staats- und Parteichef profilierte, trug dazu bei, diesen Erwartungsdruck zu erhöhen. Seit der SARS (*Severe Acute Respiratory Syndrome*)-Krise in der ersten Jahreshälfte 2003, die die negativen Folgen autoritärer Informationskontrolle, die fatale Eigendynamik sektoraler und regionaler Interessen sowie die verbreitete Ineffizienz bürokratischer Strukturen offenkundig gemacht hatte, haben sich die Hoffnungen auf grundlegende Reformen des politischen Systems verstärkt.

Tatsächlich blieb die Parteiführung bislang weit hinter den hoch gesteckten Erwartungen nach politischen Reformen zurück. Anstelle einer Liberalisierung der Medienpolitik, einer erhofften Stärkung der parlamentarischen Aufsichtsfunktionen des Nationalen Volkskongresses oder einer Ausweitung freier Volkswahlen für lokale Regierungsvertreter steht die Konsolidierung des Führungsmonopols der KPCh im Mittelpunkt politischer und administrativer Reformschritte, wie sie seit dem Jahr 2004 unter dem Motto einer Stärkung der „Regierungskapazität der Partei“ verfolgt werden. Nicht etwa eine Gewaltenteilung nach dem Vorbild westlicher Demokratien ist das Leitbild politischer Reformen, sondern vielmehr eine weitere Gewaltenkonzentration unter der Führung der Partei. So wurde die Führungsrolle von KPCh-Organisationen in Regierungsbehörden, Volkskongressen (Parlamenten) und Politischen Konsultativkonferenzen auf allen administrativen Ebenen in den vergangenen Jahren ausgebaut. Konkret soll eine stärkere „Überlappung von Ämtern in Partei und Regierung“, mit anderen Worten die Besetzung von Partei- und Regierungspositionen in Personalunion, erreicht werden – eine explizite Abkehr vom Ideal einer „Trennung von Partei und Regierung“, wie es in den 1980er Jahren angestrebt worden war. Auch in Gewerkschaften, Massenorga-

nisationen und anderen gesellschaftlichen Vereinigungen soll die Führungsrolle der Partei ausgebaut werden.

Ebenfalls dem Ziel administrativer Effizienz geschuldet ist die fortgesetzte Reorganisation der Zentralregierung (siehe Anhang: Schaubild zur Zentralregierung), die im Jahr 1998 unter dem damaligen Ministerpräsidenten Zhu Rongji begonnen wurde. Wichtige Schritte in Richtung auf eine politisch-administrative Neuordnung waren der Abbau der klassischen sozialistischen Branchenministerien und die Bildung neuer „Superministerien“ mit politischen Schlüsselkompetenzen. Gleichzeitig wurde der gesamte Regierungsapparat erheblich verschlankt (Reduzierung der Ministerialorgane von 40 auf 29, inzwischen auf 28) und ein Personalabbau von bis zu der Hälfte des bestehenden Personals durchgesetzt. Ziel war der landesweite Abbau von rund 1,15 Mio. Stellen im öffentlichen Dienst bis zum Jahr 2002, ein Ziel, das zum Teil allerdings nur durch die „Verschiebung“ von Personal in halbstaatliche Einheiten erreicht wurde. Eine neue Runde struktureller Reformen wurde unter der neuen parteistaatlichen Führung im Frühjahr 2003 in Angriff genommen. Eine wichtige Änderung im Sinne der Anpassung an internationale Gepflogenheiten nach dem WTO-Beitritt der Volksrepublik betraf die Zusammenlegung der Kompetenzen des Ministeriums für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation sowie der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel zu einem einzigen Handelsministerium. Des Weiteren wurde die Staatliche Entwicklungsplanungskommission zur „Staatlichen Kommission für Entwicklung und Reform“ reorganisiert. Dem neuen Organ wurden zugleich Planungs- und Forschungsfunktionen übertragen, die bislang vom Staatsratsbüro für wirtschaftliche Strukturreformen und vom Zentrum für Entwicklungsforschung des Staatsrats getragen worden waren. Für die kommenden Jahre sind weitere Verwaltungsreformen geplant, durch die zum einen Ressortkompetenzen innerhalb der Ministerialbürokratie noch stärker gebündelt werden und zum anderen weitere Ausgabenkürzungen durch Personaleinsparungen vor allem auf den unteren administrativen Ebenen realisiert werden sollen.

Demokratische Reformansätze beschränken sich in erster Linie auf das Innenleben der KPCh. Unter dem Schlagwort der „parteiinternen Demokratisierung“ sollen Partizipationsmöglichkeiten der Parteibasis verbessert und innerparteiliche Entscheidungsprozesse transparenter gestaltet werden. Personalpolitisch setzt die KPCh dabei verstärkt auf junge, hoch qualifizierte Kader, die in Zukunft mittels allgemeingültiger Prüfungsstandards und verbindlicher Konkurrenzverfahren nur noch gemäß ihrer Leistungen in der Parteihierarchie aufsteigen sollen.

Die Parteistruktur soll insgesamt verschlankt und durch ein Rotationsprinzip von Funktionären effizienter gestaltet werden. Eine verbindliche Begrenzung von Amtszeiten soll die Partei auf eine professionellere und glaubwürdigere Basis stellen. Eine Beschneidung des Führungsmonopols der KPCh oder gar die Einführung eines Mehrparteiensystems nach dem Vorbild westlicher Demokratien ist unter diesen Vorzeichen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

5 Korruption

Gegenstand heftiger Kritik aus den Reihen der Bevölkerung ist seit langen Jahren die weit verbreitete Korruption von Partei- und Staatsfunktionären, die als unmittelbare Folge der wirtschaftlichen und politischen Transformation des Landes zu verstehen ist. Im symbiotischen Verein mit der neu entstandenen Unternehmerelite werden die Funktionärskreise als „unrechtmäßige“ Gewinner des Reformprozesses gesehen. In den vergangenen Jahren machten mehrere Bestechungs- und Schmuggelskandale von historischer Größenordnung in verschiedenen Landesteilen Schlagzeilen. Korruption ist aber auch im staatlich dominierten Banken- und Finanzsektor verbreitet, wie durch zahlreiche Missbrauchspraktiken auf dem Wertpapiermarkt immer wieder deutlich wird. Die weit verzweigten Korruptionsnetzwerke reichen bis in die obersten Ränge des Partei-, Regierungs- und Militärapparats. Arbeiter kleinerer Staatsunternehmen werden immer wieder Opfer von so genannten „falschen Konkursen“, die Manager von faktisch keineswegs insolventen Betrieben vorgeblich anmelden, um sich im Zuge von im rechtlichen Graubereich abgewickelten Konkursverfahren persönlich am Unternehmensvermögen zu bereichern. Auf dem Land richten sich immer mehr bäuerliche Protestaktionen gegen Bestechlichkeit, Amtsmissbrauch und Abgabenwillkür durch lokale Funktionäre.

Nachdem die parteistaatliche Führung klar erkannt hatte, dass die Korruption ihre ideologische Glaubwürdigkeit und politische Legitimation insgesamt gefährdet, hat sie zunehmend entschiedene Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung ergriffen. Ideologische Instrumente der „Propaganda und Erziehung“ finden ebenso Einsatz wie rigide administrative Disziplinarmaßnahmen und strafrechtliche Mittel, um das beschädigte Image einer „sauberen“ Partei aufzubessern. So entschloss man sich in den vergangenen Jahren zu drakonischen Strafen gegen mehrere hochrangige Funktionäre, die erklärtermaßen der Abschreckung dienen sollten. Seit dem Frühjahr 2000 wurde gegen mehrere Vertreter aus hohen Partei-,

Regierungs- und Militärkreisen das Todesurteil verhängt. Während die scharfen Sanktionen von Teilen der Bevölkerung mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen werden, lösen sie in Parteikreisen erhebliche Verunsicherung aus. Fast zu jeder größeren Tagung der KPCh oder des Nationalen Volkskongresses wird das Thema der Korruptionsbekämpfung von der staatlichen Führung aufgenommen, insbesondere im Hinblick auf die verbreitete Korruption im Justizwesen und auf dem Kapitalmarkt – Phänomene, die mit wachsendem rechtsstaatlichen Bewusstsein der Bevölkerung zunehmend Unmut erregen.

Allerdings sollte bedacht werden, dass es sich bei der verbreiteten Korruption nicht um ein typisches Problem der chinesischen bzw. asiatischen „Kultur“ handelt – wie etwa der Vergleich mit Hongkong zeigt. Vielmehr ist darin ein strukturelles Problem der Übergangsperiode zu erkennen, das durch überlappende Kompetenzen des Parteistaates als Gesetzgeber, höchste justizielle Instanz und zugleich wirtschaftlicher Hauptakteur verstärkt wird. Im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung, insbesondere der Privatisierung von staatlichen Vermögensteilen, lässt sich kaum vermeiden, dass überkommene planwirtschaftliche Verfügungsrechte von Einzelnen als marktwirtschaftliche Ressourcen eingesetzt werden. Die unter Funktionären verbreitete Korruption ist dabei schwer zu trennen von der Nutzung weitgespannter informeller Netzwerke, die weite Kreise der Gesellschaft einschließen. Solange daher der wirtschaftliche Transformationsprozess anhält, dürfte das Problem verbreiteter Korruption nur schwer in den Griff zu bekommen sein.

6 Unzureichende soziale Sicherung und soziale Proteste

Die Reform des staatlichen Unternehmenssektors hat zur Folge, dass das alte betriebsbezogene System sozialer Sicherung, das der städtischen Bevölkerung über Jahrzehnte hinweg die medizinische und Altersversorgung ebenso wie die Betreuung und Schulbildung der Kinder, die Bereitstellung von Wohnraum und andere soziale Wohlfahrtsleistungen sicherte, nach und nach abgebaut worden ist. Erhebliches gesellschaftliches Konfliktpotenzial hat insbesondere die steigende Arbeitslosigkeit erzeugt. War im sozialistischen System der Planwirtschaft Arbeit für jeden gesichert, so haben die Wirtschaftsreformen diese Sicherheit zunichte gemacht. Ein neues landesweites System von Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen aber befindet sich erst im Aufbau und ist bislang

nur in wenigen Städten und Regionen tatsächlich leistungsfähig. Die Schwäche der Sozialsicherungssysteme hat insbesondere für überschüssige städtische und ländliche Arbeitskräfte neue soziale Notlagen entstehen lassen. Betroffen sind insbesondere Arbeitskräfte mittleren und höheren Alters, denen es nicht gelingt, bei Verlust ihres Arbeitsplatzes in privatwirtschaftlichen Nischen unterzukommen, und die damit weitgehend auf ihre Familien zurückgeworfen sind. Darüber hinaus beeinträchtigt die mangelnde soziale Sicherung aber auch allgemein die Planungssicherheit der Bevölkerung, die einen erheblichen Teil ihrer Einkommen und Energien in die individuelle Absicherung der vielfältigen Lebensrisiken zu investieren gezwungen ist.

Die soziale Not wachsender Bevölkerungsteile zieht zunehmend die Aufmerksamkeit der politischen Führung auf sich. So hat sich das neue Führungsteam um Hu Jintao und Wen Jiabao insbesondere den Schutz sozial benachteiligter Gruppen auf ihre Fahnen geschrieben. Im Zentrum der Bemühungen stehen überschüssige und migrierende ländliche Arbeitskräfte, freigesetzte städtische Arbeitskräfte, Pensionäre und andere Bevölkerungsgruppen, die im Zuge der wirtschaftlichen Transformation bereits durch die Netze sozialer Sicherung gefallen sind oder zu fallen drohen. Bislang waren Fortschritte auf dem Gebiet der sozialen Sicherung auf die städtische Bevölkerung beschränkt, die auf der Grundlage des traditionellen Haushaltsregistrierungssystems seit jeher zahlreiche Privilegien gegenüber der ländlichen Bevölkerung genoss. Die Verfassungsrevision vom März 2004, die unter anderem einen „der wirtschaftlichen Entwicklung angemessenen“ Ausbau des sozialen Sicherungssystems in Aussicht gestellt hat, schließt zumindest implizit erstmals auch ländliche Haushalte mit ein – eine revolutionäre Selbstverpflichtung des Staates, der das soziale Sicherungssystem vor neue Herausforderungen stellen wird. In der jüngeren Vergangenheit vorgelegte parteipolitische Konzepte wie der „neue sozialistische ländliche Raum“, die „harmonische sozialistische Gesellschaft“ oder das „wissenschaftliche“ Konzept einer nachhaltigen und sozial abgefederten Entwicklung weisen nicht nur auf ein neuartiges Verständnis der drängenden sozioökonomischen Probleme hin, sondern erzeugen auch eine verstärkte Erwartungshaltung hinsichtlich staatlicher Maßnahmen zur Linderung der sozialen Not dieser Gruppen.

Die Häufung sozialer Proteste, die in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war, kann als Ausdruck solcher erhöhter Erwartungen an die Zentralregierung verstanden werden. Lag die Zahl der „Störungen der öffentlichen Ordnung“ nach offizieller Schätzung im Jahr 2003 noch bei 58.000, erhöhte sie sich 2004 bereits

auf 74.000 und im Jahr 2005 auf 87.000. Zumeist sind soziale Missstände auf lokaler Ebene wie Korruption, illegale Zwangsentziehung von Grund und Boden, ausstehende Lohn- und Pensionszahlungen, Defizite in der öffentlichen Gesundheitsversorgung und Umweltskandale (s. Beitrag von Katrin Willmann) Ursache solcher Proteste. Das Anliegen der Protestierenden ist dabei zumeist nicht eine Kritik am politischen System selbst oder eine Herausforderung der parteistaatlichen Führung. Vielmehr zeigen sich die Protestierenden typischerweise bemüht, ihre Protestaktionen dadurch zu legitimieren, dass sie sich auf programmatische Politikziele der zentralen Führung berufen. Die nicht untypische Beteiligung von mehreren Zehntausend Menschen, die Blockade wichtiger Verkehrsstrecken sowie die wachsende Aggressionsbereitschaft gegenüber lokalen Autoritäten erklären sich vor diesem Hintergrund zum Teil als Taktik der „Lautverstärkung“, um in Beijing Gehör für das vor Ort erlittene Unrecht zu finden. Der übliche Großinsatz von Polizeiaufgeboten und anderer repressiver Instrumente durch lokale Akteure, der anfänglich oft auch dadurch motiviert ist, die Kritik an lokalen Missständen im Keim zu ersticken und gewissermaßen vor der Zentralregierung zu vertuschen, trägt zur immer wieder beobachtbaren Gewalteskalation bei. Ihrem kollektiven Aktionsmuster nach zielen viele der lokalen Proteste damit auf einen „Schulterschluss“ mit der zentralen Führung gegen illegale oder Willkürakte lokaler Autoritäten ab. Als solche lassen sie sich in der Regel auch lokal eindämmen, indem übergeordnete Instanzen zur Befriedung der jeweiligen partikularen Forderungen der Protestierenden einschreiten und Kompromisslösungen anbieten. Die Anreize für eine überregionale organisatorische Vernetzung mit anderen Protestaktionen scheinen bislang eher gering. Insbesondere gab es bislang kaum Anzeichen für Koalitionen zwischen ländlichen und städtischen Protestierenden, deren Interessen in der Regel stark differieren. Eine solche Entwicklung kann für die Zukunft allerdings nicht ausgeschlossen werden.

7 Konkurrierende regionale Interessen

Erhebliche soziale Spannungen werden auch durch das wachsende Gefälle in der Entwicklung zwischen Küsten- und Binnenregionen erzeugt. Im Zuge der Reformpolitik, die den Küstenprovinzen seit Anfang der 1980er Jahre bevorzugte Behandlung hat zukommen lassen, ist das weite chinesische „Hinterland“ immer stärker zurückgefallen. Das sozioökonomische Gefälle drückt sich in wirtschaftlichen Wachstumsraten und individuellen Einkommen ebenso aus wie in Bildungschan-

cen und unternehmerischen Anreizen. Zwar wurden die regionalen Diskrepanzen lange Zeit in Kauf genommen, weil man sich von der raschen Entwicklung der Küstenprovinzen positive „trickle-down“-Effekte für die Binnenprovinzen versprach. Seit Mitte der 1990er Jahre jedoch wird das regionale Gefälle von der chinesischen Führung selbst mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, da sich die erhoffte Konvergenz nicht eingestellt hat, sondern vielmehr eine zunehmende Divergenz der Entwicklung zu verzeichnen ist. Die wachsende Schere zwischen armen und reichen Regionen entwickelt so, vermittelt über die modernen Medien, zunehmend soziale Sprengkraft.

Angesichts dieser beunruhigenden Entwicklung hat die parteistaatliche Führung seit dem Sommer 1999 eine umfassende Strategie zur Entwicklung Westchinas formuliert, die auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2001 offiziell verabschiedet wurde. Die Strategie zur Entwicklung Westchinas, in die aufgrund von Nachverhandlungen nun insgesamt zwölf nord- und südwestchinesische Provinzen (insgesamt 71% der Fläche mit 28,5% der Bevölkerung des Landes) einbezogen sind, ist als langfristige Politik für eine nachholende Entwicklung der rückständigen Binnenregionen angelegt. Soziale und ökonomische Erwägungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie der politische Wunsch nach einer stärkeren Integration der von ethnischen Minderheiten bevölkerten westlichen Grenzgebiete in den chinesischen Nationalstaat. Unter dem neuen Staats- und Parteichef Hu Jintao, der selbst insgesamt rund zwei Jahrzehnte in drei armen westchinesischen Provinzen tätig war, und dem Ministerpräsidenten Wen Jiabao hat die Strategie zur Entwicklung Westchinas neuen politischen Auftrieb erhalten.

Konkret ist die Strategie für die Jahre 2001-2010 festgeschrieben, in denen nach inoffiziellen Angaben jährlich mehrere Dutzend Milliarden Yuan an fiskalischen Mitteln bereitgestellt werden sollen. Vorgesehen sind groß angelegte, zum Teil provinzübergreifende Maßnahmenpakete in den Bereichen Ausbau der Infrastruktur, aktiver Umwelt- und Ressourcenschutz, Modernisierung der landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsstrukturen sowie der Verbreitung von Wissenschaft und Technologie. Zunächst sollen die vielfältigen Maßnahmen durch umfangliche finanzielle Transfers von der Zentralregierung an die Provinz- und kommunalen Verwaltungen in Westchina finanziert werden. Nach einer Anschubphase hofft man dann auf substanzielle Unterstützung durch in- und ausländische Investoren.

Allerdings bestehen begründete Zweifel, ob es angesichts der begrenzten natürlichen Ressourcen (Wasserknappheit im Nordwesten, Bodenknappheit im

Südwesten) und des Mangels an Fachkräften in den Binnenregionen möglich sein wird, die ökonomische Divergenz in der regionalen Entwicklung tatsächlich aufzuhalten oder gar zu reduzieren. Das Interesse in- und ausländischer Unternehmer an Investitionen in Westchina scheint bislang keineswegs ausgeprägt, und selbst bei einer Intensivierung von Unternehmensaktivitäten ist fraglich, ob dies der Bevölkerung der westchinesischen Provinzen zum Vorteil gereichen wird. Insgesamt besteht die Strategie aus zahlreichen disparaten Einzelmaßnahmen, von denen nicht klar ist, ob sie tatsächlich einer nachholenden Entwicklung der Westregionen oder aber eher der inneren „Kolonisierung“ dieser Gebiete dienen werden. Dazu kommt, dass Westchina mit anderen strukturschwachen Regionen um fiskalische Zuwendungen der Zentrale konkurriert. So gelten auch die zentralchinesischen Provinzen und besonders der Nordosten des Landes, in dem sich viele marode Staatsunternehmen befinden, als Sorgenkinder der parteistaatlichen Führung.

Im Oktober 2003 beschloss das Zentralkomitee der KPCh daher, den nordostchinesischen Provinzen verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. Anlässlich der jüngsten Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 2004 legte die Staatliche Kommission für Entwicklung und Reform eine Gesamtplanung für die Regionalentwicklung vor, in der die prioritäre Entwicklung Westchinas bestätigt, zugleich aber Unterstützungsmaßnahmen für Nordostchina und Zentralchina formuliert werden. Angesichts dieser konkurrierenden Entwicklungsschwerpunkte, die sich über weite Flächen des Landes erstrecken, wird der erhebliche Finanzierungsbedarf deutlich, mit dem sich die Zentrale in den kommenden Jahren und Jahrzehnten konfrontiert sehen wird.

8 Ethnisch-religiöse Konflikte

Kompliziert wird die Situation durch ethnisch-religiöse Spannungen, da sich in den ärmeren Regionen die ethnischen Minderheitengebiete konzentrieren. Mit Berufung auf die Notwendigkeit, diese Regionen aus der wirtschaftlichen Rückständigkeit zu befreien, wird hier häufig, wie am tibetischen Beispiel seit langen Jahren bekannt, die formal zugestandene kulturelle Eigenständigkeit und administrative Autonomie erheblich beeinträchtigt. In den internationalen Medien weniger prominent ist der Fall der zu großen Teilen von Muslimen bevölkerten Autonomen Region Xinjiang, in der es wiederholt zur gewaltsamen Austragung ethnisch-religiöser Konflikte gekommen ist.

Angesichts eines Anteils der ethnischen Minderheiten von nur 8% der Gesamtbevölkerung ist die Wahrscheinlichkeit für einen Zerfall der territorialen Einheit Chinas durch separatistische Triebkräfte wie etwa in der ehemaligen Sowjetunion für die absehbare Zukunft nicht allzu hoch. Zwar konzentrieren sich diese ethnischen Gruppen an den Grenzen des Landes und stellen somit eine dauernde strategische Herausforderung für die territoriale Integrität der VR China dar, über die die staatliche Führung peinlich wacht. Jedoch erscheinen die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen bei genauerem Hinsehen bislang selbst zu heterogen und in sich gespalten, als dass in der näheren Zukunft eine einheitliche Organisation von Unabhängigkeitsinteressen in Aussicht stünde. In Xinjiang etwa verteilen sich bei einer Gesamtbevölkerung von rund 16 Mio. die rund 10 Mio. Muslime auf Uiguren, Kasachen, Kirgisen, Usbeken und Tadschiken. Die Folge ist eine Vielzahl ethnisch-religiöser Identitäten, die häufig miteinander in Konkurrenz stehen.

Vor dem Hintergrund der weltpolitischen Veränderungen seit dem 11. September 2001 gesteht die VR China zum ersten Mal öffentlich ein „Xinjiang-Problem“ ein und unterfüttert dies vorwiegend mit Beispielen der Gewalteskalation ethnisch-religiöser Konflikte aus den 1990er Jahren. Dass in der zeitlichen Folge des 11. September keine größeren separatistischen Vorfälle muslimischer Gruppen in Xinjiang mehr verzeichnet wurden, dürfte auf die Verschärfung der Repressalien gegen Uiguren und andere muslimische Minderheiten im Namen eines pauschalen Kampfes gegen „Terrorismus, religiösen Extremismus und ethnischen Separatismus“ seit Oktober 2001 zurückzuführen sein. So genannte ethnische „Separatisten“ in Xinjiang werden im Rahmen groß angelegter Kampagnen zur Kriminalitätsbekämpfung gemeinsam mit Raubmördern, Schleppern und Drogenhändlern abgeurteilt – und nicht selten auch zum Tod verurteilt. Eine Ende 2001 verabschiedete verschärfte Antiterrorgesetzgebung hat die Anwendung der Todesstrafe auf der Grundlage eines sehr weit gefassten „Terrorismus“-Begriffes weiter erleichtert. Möglicherweise sind es aber eben jene Maßnahmen, die eine Radikalisierung gerade jener muslimischen Bevölkerungsgruppen hervorrufen könnten, bei denen bereits zuvor eine historisch und geographisch bedingte Orientierung an radikal-islamischen Strömungen zu beobachten gewesen ist. Im August 2002 nahm das US-amerikanische Außenministerium die „Ostturkestanische Islamische Bewegung“ in seine Liste terroristischer Bewegungen auf, ein Schritt, der offenbar auf anhaltendes Drängen der chinesischen Führung zustande kam. Umso mehr ist die internationale Staatengemeinschaft aufgefordert, darüber zu wachen,

dass die chinesische Justiz nicht unter Berufung auf die Mitwirkung Chinas in der internationalen Antiterrorallianz noch pauschaler und schonungsloser gegen so genannte ethnische „Separatisten“ in Xinjiang und anderen Landesteilen vorgeht.

9 Die Menschenrechtsproblematik

Die ökonomische Liberalisierung und der damit einhergehende Rückzug der Partei aus zahlreichen wirtschaftlichen Betätigungsfeldern und aus der gesellschaftlichen Alltags- und Konsumkultur haben zu einer fortschreitenden Lockerung der parteistaatlichen Kontrollstrukturen geführt. Während die Kommunistische Partei in der Vergangenheit eine weitgehende Kontrolle über alle Lebens- und Arbeitsbereiche übte, finden sich leninistische Strukturen einer direkten parteistaatlichen Kontrolle gegenwärtig nur noch im Bereich der Personalpolitik, der Medien- und Propagandapolitik sowie beim Militär und im Polizeiapparat. In der jüngeren Vergangenheit wurden außerdem parteistaatliche Eingriffe im Bereich der Religionspolitik reintensiviert. In allen anderen Bereichen üben die Organe der KPCh nur noch indirekte Kontrollfunktionen aus.

Im Allgemeinen werden die fortschreitende Pluralisierung des Arbeits- und Lebensalltags und die Ausweitung der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten (wirtschaftliche Betätigung, Reisen und Freizeitgestaltung, Meinungsäußerung, Informationszugang etc.) von der parteistaatlichen Führung geduldet, wenn nicht sogar aktiv gefördert. In einzelnen Bereichen jedoch erkennt die KPCh eine ernsthafte Herausforderung ihres Kontrollmonopols. Dies betrifft etwa die Verbreitung des Internets (Stand Dezember 2005: 110 Mio. Internetnutzer in China) und die damit verbundenen neuartigen Kommunikationsmöglichkeiten. Entgegen der im Westen häufig vertretenen These einer „Internet-Revolution“ in China, also einer unaufhaltbaren Stärkung liberaler politischer Kräfte im Gefolge einer durch das neue Medium ausgelösten gesellschaftlichen Pluralisierung, zeichnen sich verstärkt Bemühungen der staatlichen Führung ab, eben solche als „subversiv“ empfundene Wirkungen dieses Mediums zu verhindern. Der Einsatz vielfältiger, teilweise sehr aufwändiger Mechanismen zur Kontrolle und inhaltlichen Zensur des Internets macht deutlich, dass die Partei ihr Kontrollmonopol hier in kritischem Maße gefährdet sieht. Auch die Medienkontrolle wurde seit dem Jahr 2004 spürbar verschärft. Gehäufte Repressalien gegen Vertreter eines in den letzten Jahren durchaus erfolgreichen investigativen Journalismus haben zuletzt zu einer beispiellosen Solidarisierung unter liberalen chinesischen Intellektuellen und Publizisten geführt,

die scharfe Kritik am Propagandaapparat der KPCh und dessen autoritären Zensurpraktiken geübt haben. Allerdings ist fraglich, ob diese Solidarisierungswelle eine nachhaltige Korrektur der parteistaatlichen Medienpolitik bewirken wird.

Keine Toleranz kennt die parteistaatliche Führung Chinas insbesondere gegenüber solchen Individuen und Gruppen, durch die sie ihr gesellschaftliches Kontrollmonopol herausgefordert sieht. Hier kommen nach wie vor jene leninistischen Herrschaftsstrukturen zum Tragen, die den Anspruch der Kommunistischen Partei auf alleinige Vertretung der Interessen des Volkes durch rigide Kontroll- und Sanktionsmechanismen gegen konkurrierende Vertretungsansprüche aus dem Volk absichern sollen. Noch immer von Repressalien betroffen sind Gewerkschafts- und andere demokratisch orientierte Aktivisten, sie verbüßen oft langjährige Freiheitsstrafen. Kritische Intellektuelle, die häufig aus einer patriotischen Grundhaltung heraus soziale und politische Missstände zur Sprache bringen, werden immer wieder mit Hausarresten, Publikationsverböten und anderen Sanktionen belegt. Unerbittlich wird ferner gegen solche Personen vorgegangen, die sich für die Durchsetzung kultureller und administrativer Autonomierechte ethnischer Minderheiten einsetzen. Betroffen sind aber auch Anhänger der Falungong-Bewegung oder ähnlicher quasireligiöser Gemeinschaften, die ursprünglich keinerlei politische Ziele auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Ungeachtet ihrer jeweiligen spezifischen Motive werden solche Gruppen im Allgemeinen schlichtweg kriminalisiert, wobei in den vergangenen Jahren die Anstrengungen der parteistaatlichen Führung zugenommen haben, dabei zumindest den Anschein von Rechtsstaatlichkeit zu wahren und einer verbreiteten Willkür im Justizsystem einen Riegel vorzuschieben.

Zu den gravierendsten Repressionsmaßnahmen zählen Hinrichtungen, die Verhängung langjähriger Haftstrafen, vor allem auch in Form polizeilich angeordneter Administrativhaft („Umerziehung durch Arbeit“), und die Anwendung physischer Gewalt (nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen bis hin zu Folter). So kommt es weiterhin zur systematischen Verletzung fundamentaler politischer und bürgerlicher Menschenrechte, die in unvereinbarem Widerspruch zu den glaubwürdigen Bemühungen der Regierung um die sozialen Menschenrechte stehen.

Auf der anderen Seite der Medaille stehen unbestreitbare Fortschritte in Bereichen wie etwa der Armutsbekämpfung, der Frauenförderung, der Schaffung von Bildungschancen sowie von beruflichen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten ebenso wie der Hebung des allgemeinen Lebensstandards, mit denen die VR

China im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern an vorderster Stelle rangiert. Leider aber besteht zwischen dem Schutz sozialer Rechte einerseits und ziviler und demokratischer Rechte andererseits noch eine große Kluft, die die internationale Anerkennung dieser unbestreitbaren Leistungen stark beeinträchtigt.

Es ist zu wünschen, dass diese Kluft durch eine internationale Kooperation auf dem Gebiet rechtsstaatlicher Normen und Praktiken schrittweise überwunden wird. Im März 2001 hat die VR China die UN-Konvention über wirtschaftliche und soziale Rechte ratifiziert (allerdings unter dem Vorbehalt eines fortbestehenden Verbots unabhängiger Gewerkschaften). Die Ratifizierung der im Oktober 1998 unterzeichneten UN-Konvention über bürgerliche und politische Rechte steht noch aus. Immerhin eröffnet der fortgesetzte Dialog auf diesen Gebieten weitere Möglichkeiten zur internationalen Zusammenarbeit, wenn es zur Umsetzung der zivilen und politischen Rechte auch noch ein weiter Weg ist.

In diesem Zusammenhang ist nicht zu übersehen, dass die parteistaatliche Führung sich offenbar bewusst auf Forderungen nach einer Wahrung der Menschenrechte, nach „Good Governance“ und nach politischen Reformen einlässt, wie sie seit langem vom westlichen Ausland an China herangetragen werden. So standen zuletzt etwa die verbreiteten Praktiken der Todesstrafe und der Administrativhaft auf dem Prüfstand, die seit langem Gegenstand lautstarker internationaler Kritik sind. Ein weiterer wichtiger Schritt in diese Richtung ist aber vor allem die Verfassungsrevision vom März 2004, durch die sich der Staat erstmals explizit zum Schutz der Menschenrechte bekennt. Die Verwendung des westlich geprägten Konzepts der Menschenrechte anstelle bisher gebräuchlicher Konzepte „chinesischer Prägung“ wie das kollektive Recht auf Subsistenz und auf Entwicklung signalisiert eine neue Bereitschaft zum Anschluss an den internationalen Menschenrechtsdiskurs. Damit könnten universal gültige normative Standards in Zukunft verstärkt Maßstäbe bereitstellen, an denen sich die staatliche Herrschaft in China auch von der eigenen Bevölkerung messen lässt. Mit anderen Worten wirkt hier die internationale Öffentlichkeit auf die chinesische Öffentlichkeit und damit auf die Legitimation der parteistaatlichen Führung im eigenen Land zurück.

Zwar ist an eine unmittelbare Umsetzung der genannten Ziele innerhalb kurzer Frist kaum zu denken. Jedoch ist daran zu erinnern, dass derartige offiziell verlautbarte Zugeständnisse, wenn sie vorerst auch eher vordergründig erscheinen, potenzielle Einfallstore für gesellschaftliche Gruppen oder Individuen bilden können, die eine Einlösung der zugestandenen Ansprüche und Rechte verlangen. Die so entstehende Dynamik einer Einforderung subjektiver Rechte könnte im

günstigen Fall zu einer von oben eingeleiteten graduellen Demokratisierung des politischen Systems der VR China beitragen. Dem neuen Führungsteam um Hu Jintao und Wen Jiabao ist viel daran gelegen, von den internationalen Partnern als glaubwürdige, rechtsstaatlichen und demokratischen Normen gegenüber aufgeschlossene Politiker wahrgenommen zu werden.

10 Legitimation durch Entwicklung

Wie die bisherigen Ausführungen nahe legen, ist es um die administrative Kapazität des Staates bislang besser bestellt, als das verbreitete Bild eines „starrten kommunistischen Regimes“ und einer reformunfähigen Parteidiktatur unterstellt. Insbesondere ist eine ausgeprägte Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns in der VR China festzustellen, die die bestehenden Probleme keineswegs verkennt – wenn auch nicht in allen Bereichen erfolgreiche Lösungsstrategien zur Verfügung stehen. Dazu kommt, dass die parteistaatliche Herrschaft in China einen Großteil ihrer Legitimation aus der glaubwürdigen Vermittlung bezieht, dass sie die Gewähr für eine fortgesetzte Entwicklung des Landes bietet. Der „Globalisierungsdiskurs“, der auch in China intensiv geführt wird, trägt dazu bei, die Bedeutung einer einheitlichen staatlichen Führung für die Wahrung der sozialen und politischen Stabilität und für die Sicherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der nationalen Entwicklung hervorzuheben. Angesichts der anerkannten Herausforderungen und Gefahren der globalisierten Wirtschaft werden vorübergehende Wohlfahrtseinbußen und Defizite staatlicher Politik von betroffenen Bevölkerungsteilen hingenommen, solange die fortgesetzte nationale Entwicklung grundsätzlich als gewährleistet erscheint und die Aussicht bestehen bleibt, in naher oder fernerer Zukunft an dieser Entwicklung partizipieren zu können.

In diesem Sinne könnte man schließlich von einem „Entwicklungsnationalismus“ sprechen, der in China zunehmend an die Stelle des sozialistischen Selbstverständnisses tritt. Dieser „Entwicklungsnationalismus“ lässt sich als eine in weiten gesellschaftlichen Kreisen verbreitete Überzeugung beschreiben, wonach die autoritär geprägte parteistaatliche Herrschaft vorläufig die beste Alternative unter den denkbaren Herrschaftsformen ist, um die Zukunft des Entwicklungslandes China angesichts der Gefahren einer unkontrollierten Weltwirtschaft zu sichern. In abgewandelter Form finden sich hier Vorstellungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wieder, als das chinesische Volk von vielen, darunter auch von den

damaligen politischen Eliten in China selbst, als eine rückständige Masse, als ein „Haufen losen Sandes“ (Sun Yat-sen) betrachtet wurde, das zur Entwicklung aus eigener Kraft nicht fähig sei, sondern einer starken Staatsmacht bedürfe, die China auf dem Weg seiner Modernisierung anleite.

Vor dem Hintergrund eines solchen „Entwicklungsnationalismus“ sind die beobachtbaren nationalistischen Strömungen in China nicht zwangsläufig als ein „billiger Ersatz“ für eine Beschaffung politischer Legitimation durch wirtschaftliche Leistung zu werten. Vielmehr erscheinen sie als eine Begleiterscheinung der Legitimation der parteistaatlichen Herrschaft als bestem Garanten nationaler Entwicklung (und zukünftiger nationaler Größe).

Diese Einschätzung der politischen Situation in der VR China schließt freilich nicht aus, dass die bestehenden nationalistischen Strömungen jederzeit in einen aggressiven, mit chauvinistischen und militaristischen Elementen durchsetzten Nationalismus umschlagen können. Auch kann keineswegs von einem stabilen Fundament des politischen Systems ausgegangen werden, das vor einer Erosion oder gar einem Kollaps völlig sicher wäre. Dennoch gibt die aktuelle politische Entwicklung der VR China Grund zur Hoffnung, dass die Spannung zwischen wirtschaftlicher Liberalisierung und gesellschaftlicher Pluralisierung einerseits sowie einem autoritär geprägten politischen System andererseits durch schrittweise Reformen bewältigt werden kann.

Wirtschaftssystem und aktuelle Wirtschaftsentwicklung

Margot Schüller

1 Das Wirtschaftssystem

1.1 Zwischen Plan und Markt

Chinas Wirtschaftssystem befindet sich in einer Übergangsphase von der Plan- zur Marktwirtschaft. Im Gegensatz zu den meisten Transformationsländern verfolgte die chinesische Regierung eine graduelle und zweigleisige Strategie, die eine Dezentralisierung von Entscheidungs- und Verfügungsrechten auf lokale Verwaltungsebenen, räumlich begrenzte Experimente und ein Nebeneinander von Markt und Plan in nahezu allen Bereichen wie Unternehmensreform, Preispolitik, Regionalpolitik, Außenhandel und Währungspolitik einschloss. Der zweigleisige Reformansatz erlaubte die Zulassung privater inländischer und ausländischer Unternehmen. Hierdurch konnte die chinesische Regierung zunächst die Reform des Staatssektors aufschieben. Der Beitrag des nichtstaatlichen Sektors zum Wirtschaftswachstum und zur Beschäftigung schützte den Staatssektor und seine Beschäftigten vor radikalen Reformen bis Mitte der 1990er Jahre. Allerdings gingen die Gewinne der staatseigenen Unternehmen kontinuierlich zurück, vor allem in Branchen mit geringen Zutrittsbarrieren für nichtstaatliche Unternehmen.

Für den Wandel der Wirtschaftsordnung in eine Marktwirtschaft spielte die Anpassung an WTO-kompatible gesetzliche Rahmenbedingungen und wirtschaftspolitische Instrumente eine wichtige Rolle. Nach dem Selbstverständnis der chinesischen Regierung ist die Wirtschaftsordnung bereits heute eine Marktwirtschaft. In der Auseinandersetzung mit der EU um die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus begründet die chinesische Regierung ihre Position vor allem mit dem hohen Anteil des Privatsektors und der Existenz von Marktpreisen für den überwiegenden Teil der Produkte und Dienstleistungen. Dagegen verweist die EU ebenso wie andere wichtige marktwirtschaftliche Handelspartner Chinas auf den nach wie vor starken Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Dieser spiegelt sich nach Einschätzung der EU vor allem in der Industriepolitik sowie in der Bildung von Exportgüter- und Rohstoffpreisen wider. Mängel sieht die EU auch im Bereich

der Corporate Governance, der gesetzlichen Regeln für Konkursverfahren, beim Schutz geistigen Eigentums und bei der Kapitalallokation im Finanzsektor.

1.2 Wirtschaftspolitische Steuerung

Ein differenziertes Steuerungsinstrumentarium zur Realisierung der Ziele der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ wird erst seit Anfang der 1990er Jahre eingesetzt. In den Begriff „Sozialistische Marktwirtschaft“ fließen die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der KPCh zur staatlichen Regulierung der Wirtschaft und zu verteilungspolitischen Eingriffen ein. In der Zielhierarchie der Wirtschaftspolitik steht ein relativ hohes Wirtschaftswachstum an oberster Stelle, da dies als Voraussetzung für den Erfolg der wirtschaftlichen Modernisierung und den notwendigen Strukturwandel einzelner Sektoren und Branchen und damit verbundene Anpassungen in der Beschäftigungsstruktur gilt. Um ein hohes Wirtschaftswachstum zu erreichen, sichert die Regierung stabile makroökonomische Rahmenbedingungen, fördert eine hohe Sparquote und verfolgt eine Politik der außenwirtschaftlichen Integration. Neben Maßnahmen, die langfristig das Wirtschaftswachstum unterstützen, ist die Wirtschaftspolitik auf einen Ausgleich von Konjunkturschwankungen ausgerichtet. Um Wachstumseinbrüche als Folge der Asienkrise zu kompensieren, wurden beispielsweise ab Mitte 1998 die Staatsausgaben für Infrastrukturprojekte mit dem Ziel erhöht, die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte über positive einkommens- und beschäftigungspolitische Wirkungen zu stärken. Das Ziel der Preisniveaustabilität ist in allen kurz- und langfristigen Wirtschaftsplänen der Regierung enthalten. Die Maßnahmen zum Abbremsen der überhitzten Konjunktur in den Jahren 1993/94 sowie zur Dämpfung der aktuellen Überhitzungstendenzen machen deutlich, wie hoch die Regierung der Preisniveaustabilität einschätzt.

Geldpolitische Steuerungsinstrumente wie Offenmarktoperationen, Zinssatzänderungen und Variationen der Mindestreservesätze der Geschäftsbanken wurden seit Mitte der 1990er Jahre von der Zentralbank als Träger der Geldpolitik ebenfalls eingesetzt. Die Zentralbank ist allerdings nicht unabhängig, sondern untersteht der Zentralregierung. Diese geldpolitischen Instrumente wirken anfangs nur eingeschränkt, da die Kreditnachfrage der Staatsunternehmen wenig zinsreagibel ist.

2 Herausforderungen des wirtschaftlichen Wandels

2.1 Reform des Staatssektors

Der Staatssektor, zu dem hauptsächlich die staatseigenen Unternehmen gerechnet werden, hat seit Ende der 1990er Jahre erheblich an Bedeutung verloren. Im Jahre 1998 wurden durch staatseigene Wirtschaftseinheiten insgesamt noch 88,09 Mio. Arbeiter und Angestellte beschäftigt, im Jahre 2003 waren es noch 66,21 Mio. Personen bzw. rd. 22 Mio. Beschäftigte weniger. Der Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten ging von 71,4% auf 63,1% zurück. Während der Staatssektor für die Beschäftigung nicht mehr die wichtigste Rolle spielt, absorbiert der Privatsektor in zunehmendem Maße neu auf den Arbeitsmarkt drängende und aus den Staatsunternehmen entlassene Arbeitskräfte. Im Industriesektor ist die Bedeutung der Staatsunternehmen für die Beschäftigung ebenfalls stark zurückgegangen. Nach wie vor entfallen auf den Staatssektor jedoch noch rd. ein Drittel des industriellen Bruttoproduktionswertes (BPW) sowie überproportional hohe Anteile bei den Anlageinvestitionen.

Regional betrachtet ist der Anteil der Staatsunternehmen am industriellen BPW sehr unterschiedlich. Die Bedeutung der Staatsunternehmen in den alten Industriestandorten des Nordostens, Zentralchinas sowie in Shanghai ist nach wie vor deutlich höher als in den ost- und südchinesischen Provinzen Jiangsu, Zhejiang und Guangdong. In bestimmten Branchen dagegen wie beispielsweise Kohlebergbau, Erdöl, Erdgas, bei der Versorgung mit Wasser und Elektrizität sowie in einigen kapital- und technologieintensiven Industriezweigen wie Chemie, Pharmazie, Spezial-Maschinenbau, und Automobilbau ist der Anteil der Staatsunternehmen weiterhin noch relativ hoch.

Zeitlich und inhaltlich erfolgte die Reform der Staatsunternehmen in folgenden Schritten:

1. Im Gegensatz zu den Reformen in der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa stand in den 1980er Jahren nicht die Privatisierung der Staatsbetriebe im Mittelpunkt der Reform des Staatssektors. Zunächst wurde versucht, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch begrenzte Liberalisierungsschritte wie größere Entscheidungsrechte der Manager von Staatsunternehmen zu erhöhen. Durch Senkung der Marktzutrittsbarrieren für nichtstaatliche Unternehmen stieg der Konkurrenzdruck für Staatsunternehmen.

2. Im November 1993 legte die KPCh ein 50-Punkte-Reformprogramm zur Beschleunigung der Unternehmensreform in 18 Städten und einer ausgewählten Anzahl von rd. 1.000 Unternehmen vor. Diese trugen mit 66% zu den Gewinnen aller Staatsunternehmen bei, und auf sie entfiel 51% der Anlagevermögen der Staatsunternehmen, und sie sollten weiterhin eine zentrale Rolle in Schlüsselsektoren wie Energie, Telekommunikation, Transport, Bergbau, Banken etc. spielen.
3. Auf dem XV. Parteitag der KPCh im September 1997 wurde die Privatisierung von mittleren und kleinen Staatsunternehmen sowie die Umstrukturierung von Unternehmen in Kapitalgesellschaften oder ihre Fusion zu Unternehmensgruppen beschlossen. Die Anzahl der Pilotstädte für die Unternehmensreform stieg auf 110; anstatt der ursprünglich 1.000 Unternehmen wurden 2.500 Pilotunternehmen ausgewählt.
4. Im Jahr 1998 kündigte der damalige Ministerpräsident Zhu Rongji an, die Mehrzahl der Staatsunternehmen in drei Jahren aus der Krise herausführen zu wollen. Hierzu wurden folgende Strategien eingesetzt: Restrukturierung in Aktiengesellschaften, Börsennotierung für ausgewählte Unternehmen, Übernahme von Schulden der Unternehmen, Reduzierung der sozialen Belastungen (Abbau überschüssiger Arbeitskräfte und betrieblicher Sozialleistungen), Förderung ihrer technologischen Modernisierung, Privatisierung und Bildung von Unternehmenszusammenschlüssen mit dem Ziel, international wettbewerbsfähige Großunternehmen zu schaffen.
5. Mitte des Jahres 2000 sollen 55% der Staatsunternehmen wieder schwarze Zahlen geschrieben haben; im Dezember 2000 erklärte die Regierung, dass die Reformziele „im Wesentlichen“ erreicht worden seien.
6. Bildung der State Assets Supervision and Administration Commission (SASAC) beim Staatsrat im März 2003, die die Eigentumsrechte der Staatsunternehmen der Ministerien, Kommissionen sowie der Lokalregierungen verwaltet. Ihre Aufgabe ist u.a. die Klärung der Eigentumsverhältnisse, Bewertung des Vermögens der Unternehmen, Preissetzung der staatlichen Vermögenswerte, Verkauf von Unternehmen und Restrukturierung in Aktiengesellschaften.
7. SASAC legte „Regulations on the Management of State Property“ vor, die die Basis für der Restrukturierung bildeten.

Statistiken der SASAC zufolge sind 80% der kleinen Staatsunternehmen auf Kreisebene und 60% der Staatsunternehmen auf Gemeindeebene inzwischen privatisiert. Die Privatisierung der großen Staatsunternehmen ist weiterhin nicht vorrangiges Ziel, sondern die Restrukturierung mit dem Ziel, international wettbewerbsfähige Unternehmensgruppen zu schaffen.

2.2 Reform des Bankensystems

Die Umgestaltung der staatseigenen Banken in international wettbewerbsfähige Finanzintermediäre zählt zu den größten Herausforderungen, denen sich die chinesische Regierung derzeit gegenüber sieht. Der zeitliche Druck für die Bewältigung dieser Aufgabe ist sehr groß. So müssen die grundsätzlichen Probleme der Banken bis Ende 2006 gelöst sein, denn ab dem Jahr 2007 gibt es keine Zutrittsbarrieren mehr für ausländische Finanzinstitute, die dann im chinesischen Bankenmarkt als gleichberechtigte Konkurrenten zu den inländischen auftreten dürfen.

Im Reformverlauf veränderte sich die Eigentumsstruktur der Finanzinstitute, doch dominieren nach wie vor staatseigene Banken. Neue Banken und Nichtbank-Finanzintermediäre sind zu den vier staatseigenen großen Geschäftsbanken (Industrial and Commercial Bank of China, Bank of China, China Construction Bank und Agricultural Bank of China) hinzugekommen. Ihr Anteil an den Gesamtaktiva und -passiva aller Banken belief sich Ende 2004 immer noch auf rd. 54%. Mehrheitseigentümer der zwölf Aktien-Banken, die einen Anteil von 15% an den Aktiva und Passiva haben, sind Lokalregierungen und staatseigene Unternehmen bzw. Unternehmen mit staatlichem Kontrollanteil. Weitere Finanzinstitute sind die städtischen und ländlichen Geschäftsbanken, die durch Restrukturierung aus Kreditgenossenschaften entstanden sind. Die ländlichen Kreditgenossenschaften unterliegen aufgrund ihrer kollektiven Eigentumsform nach wie vor dem Einfluss lokaler Behörden.

Die Rolle der Auslandsbanken ist noch relativ beschränkt, wird aber mit der Umsetzung der WTO-Auflagen schnell zunehmen. Ende Oktober 2005 waren 173 Auslandsbanken aus 40 Ländern und Regionen mit insgesamt 238 Repräsentanten in China vertreten. Die Zahl der Städte, die für ein Engagement ausländischer Banken geöffnet wurden, belief sich Anfang Dezember 2005 auf insgesamt 25. Anfang Februar 2004 erhielten die ersten Auslandsbanken in Shanghai Lizenzen für Geschäfte in Inlandswährung; bis Ende Oktober 2005 stieg ihre Zahl auf 138 Banken, davon dürfen 73 Auslandsbanken Geschäfte in Inlandswährung mit

chinesischen Unternehmen abwickeln. Während der Anteil der Auslandsbanken in diesem Segment noch relativ gering ist, stellten diese Banken im Oktober 2005 bereits rd. 20% der gesamten Devisenkredite, in Shanghai sogar 54,8%.

Mit der Restrukturierung der vier großen Staatsbanken und ihrer Börsennotierung stieg auch das Interesse der Auslandsbanken, durch eine Beteiligung ihre Marktpräsenz auszuweiten. Um die Rolle eines strategischen Investors in einem chinesischen Finanzinstitut bemühen sich derzeit nahezu alle Auslandsbanken. Als strategische Investoren bezeichnet die chinesische Regierung solche Finanzinstitute, die mehr als 5% an einer chinesischen Bank erwerben. Von diesen Investoren wird erwartet, dass sie Management und Know-how transferieren; im Gegenzug haben diese Investoren das Anrecht auf einen Sitz im Vorstand. Ende Oktober 2005 wiesen bereits 17 chinesische Geschäftsbanken eine Beteiligung von Auslandsbanken auf. Ob ausländische Banken gut beraten sind, eine Beteiligung an chinesischen Finanzinstituten zu erwerben, wird von Finanzanalysten kontrovers diskutiert. So sehen sich die Auslandsbanken neben der Beschränkung des Anteils auf 20% an einer einzelnen Bank und einem Anteil von 25% für die Gesamtheit des chinesischen Bankensystems noch mit weiteren Restriktionen konfrontiert. Hierzu zählen Auflagen, wonach die Auslandsbanken ihre Anteile mindestens drei Jahre halten müssen und nur in zwei Banken Anteile kaufen können.

Das chinesische Bankensystem weist trotz vielfältiger Reformmaßnahmen und -erfolge weiterhin zahlreiche Probleme auf, wozu das hohe Niveau Not leidender Kredite, niedrige Eigenkapitalquoten, geringe Gewinne und Effizienzprobleme sowie eine unzureichende externe Regulierung zählen. Ende 2005 belief sich die Quote der Not leidenden Kredite im Durchschnitt auf 8,6% (1.Quartal 2005: 12,24%), allerdings wiesen die vier großen staatseigenen Banken noch ein Niveau von 10,6% auf. Die Herausforderung wird sein, diese Quote stabil zu halten und nicht wieder neue faule Kredite entstehen zu lassen. Auch andere Indikatoren weisen darauf hin, dass die Banken noch eine relativ weite Wegstrecke zurücklegen müssen, um ihre wirtschaftliche Position zu verbessern und international wettbewerbsfähig zu sein. So ist die Gewinnsituation im internationalen Vergleich nicht sehr eindrucksvoll. Während die Banken im Jahre 2004 weltweit einen Gewinn von 1,2% erwirtschafteten, lag diese Quote in den chinesischen Banken bei 0,4%. Kreditrückstellungen der Banken absorbierten außerdem im Jahr 2004 rd. 38% des operativen Gewinns. Nach Einschätzung ausländischer Bankenexperten betrug die durchschnittliche Eigenkapitalquote der chinesischen Banken Ende 2004 etwas weniger als 8%. Obwohl damit das von der CBRC (China Banking Regulatory

Commission) vorgegebene Ziel fast erreicht scheint, wird aufgrund der größeren Risiken im chinesischen Bankensystem eine weitaus höhere Eigenkapitalquote empfohlen (Vergleich dazu: Singapur 16,3%, Hongkong 15,3%, Südkorea 11,2% und Taiwan 10,7%).

2.3 Außenwirtschaftliche Integration

China hat durch außenwirtschaftliche Liberalisierungs- und marktwirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen die Chancen der Integration in globale Güter- und Dienstleistungsmärkte nutzen können. Während die Außenwirtschaft in den 1980er Jahren nur eine komplementäre Funktion hatte, besitzt sie heute eine Schlüsselfunktion für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Liberalisierungsschritte betrafen den Außenhandel, die Währungspolitik und Maßnahmen zur Absorbierung ausländischer Direktinvestitionen.

Tab. 1: Grunddaten zum Außenhandel

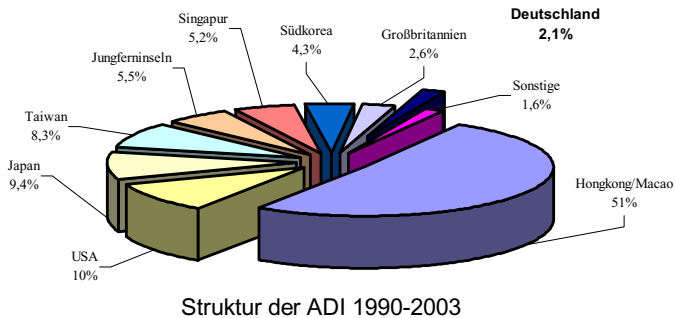
	1981	1999	2005
Außenhandel in Mrd. US\$	44,03	360,65	1.422,1
Außenhandelsquote (in Relation zum BIP, %)	15	36	62
Importe in Mrd. US\$	22,02	165,72	660,1
Exporte in Mrd. US\$	22,01	194,93	762,0
Außenhandelssaldo Mrd. US\$	-0,01	+29,21	+101,9

Quelle: *China Statistical Yearbook, verschiedene Jahrgänge; China aktuell, 2005, Heft 1.*

Zwischen 1999 und 2005 vervierfachte sich das Außenhandelsvolumen, und China wurde zum drittgrößten Exportland weltweit. Unternehmen mit Auslandskapital spielen eine Schlüsselrolle. Auf sie entfiel im Jahre 2005 ein Anteil von 61% der Exporte. Viele dieser Unternehmen haben Produktionsnetzwerke in China aufgebaut, um die günstigen Lohnkosten für einfache Montagetätigkeiten fragmentierter Produktionsprozesse zu nutzen. Insgesamt betrug der Anteil des „processing trade“ bzw. Veredelungshandels im Jahre 2005 rd. 54% der Exporte und 43% der Importe. Die Diversifizierung der Ausfuhrstruktur trug ebenso zum Außenhandelserfolg bei. Der Exportanteil von Maschinen und elektrischen Geräten lag beispielsweise im Jahre 2005 bei 56%; der Anteil der Hightechexporte belief sich auf 29%.

Die wichtigsten Handelspartner Chinas waren im Jahre 2005 die EU (Anteil von 15,3%), die USA (14,9%), Japan (13%), Hongkong (9,6%) und die ASEAN-

Abb. 1: Zufluss von Auslandsinvestitionen nach China 1990-2003



Quelle: Deutsche Botschaft, Wirtschaftsdaten kompakt, Stand: März 2004.

Länder (9,2%). Im bilateralen Handel weist China mit Taiwan, Südkorea und Japan aufgrund der Zulieferungen für den „processing trade“ größere Defizite im Handel auf. Gegenüber den EU-Mitgliedsländern sowie den USA als wichtigste Absatzmärkte verzeichnet China dagegen die größten Handelsüberschüsse. Die Außenhandelserfolge sind jedoch nicht ohne Reibungsverluste geblieben, und Handelskonflikte bestehen vor allem mit den USA und der EU. Die USA und die EU beschränkten die chinesischen Exporte, nachdem diese im Rahmen der Aufhebung der Quoten im internationalen Textil- und Bekleidungshandel extrem angestiegen waren.

Mit der Einbindung Chinas in die globalen Strategien ausländischer Unternehmen, zunächst aus der asiatischen Region und zunehmend aus den westlichen Industrieländern, war ein starker Zustrom ausländischen Kapitals und ein zunehmender Transfer von Technologie und Management-Know-how verbunden. Hierdurch wurde Chinas internationale Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gestärkt. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt der jährliche Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen (ADI) bei über 40 Mrd. US\$ und erreichte in den letzten zwei Jahren sogar ein Niveau von rd. 60 Mrd. US\$. China ist in diesem Zeitraum als Produktionsstandort für exportorientierte Auslandsunternehmen aufgrund des schnell wachsenden Binnenmarktes immer beliebter geworden. Die Auslandsinvestitionen konzentrieren sich auf Städte in der Ostküstenregion, auf die mehr als zwei Drittel der Gesamtinvestitionen entfällt. Nach wie vor absorbiert die südchinesische Provinz

Guangdong die meisten ausländischen Direktinvestitionen, aber auch andere ost- und südostchinesische Provinzen wie Jiangsu, Zhejiang, Fujian und Shanghai haben als Standorte an Bedeutung gewonnen.

Es sind vor allem die Investitionen in die verarbeitende Industrie aus der asiatischen Nachbarregion, insbesondere aus Hongkong, Taiwan und Japan, die den Hauptteil aller ausländischen Direktinvestitionen stellen. Aus dieser Region stammten im Zeitraum 1990-2003 rd. zwei Drittel aller Direktinvestitionen.

3 Aktuelle Wirtschaftsentwicklung 2005/2006

3.1 Wirtschaftswachstum

Für die positive Bewertung der chinesischen Wirtschaft ist das anhaltend hohe Wirtschaftswachstum von zentraler Bedeutung. Die Asienkrise hatte zwar zu einem vorübergehenden Abflachen des Wachstumstempos auf einem hohen Niveau beigetragen, doch war das Wachstumstempo in den letzten Jahren wieder sehr hoch – zu hoch, wie viele Beobachter sagen. Mit einer Wachstumsrate von 9,9% im Jahr 2005 bietet sich das Bild einer zumindest in Teilbereichen überhitzten Konjunktur.

Tab. 2: Aktuelle Konjunktorentwicklung

	Jahr 2005
BIP-Wachstum	9,9%
– Industrielle Wertschöpfung	11,4%
Anlageinvestitionen	25,7%
Verbraucherpreise	1,8%
– Rohstoffe und Energie	8,3%
– Herstellerpreise für Industrieprodukte	4,9%

Quelle: China aktuell, 2006, Heft 1.

Ursache des schnellen Wachstums ist der starke Anstieg der Anlageinvestitionen, der im Jahr 2005 bei rd. 26% lag. Die Investitionen im Immobiliensektor und in einigen Industriebranchen wie Stahl-, Zement-, Aluminium- und Automobilindustrie waren besonders hoch und trugen zur starken Ausweitung der Produktionskapazitäten bei. Die Expansion dieser Kapazitäten wurde fast zur Hälfte durch Bankkredite finanziert, so dass hierdurch neue Risiken für den Ban-

kensektor entstanden sind. Die Ausweitung der Industriekapazitäten verschärfte die Engpässe in der Energieversorgung und im Transportsystem.

Die Überkapazitäten trugen zur Intensivierung des Wettbewerbs bei und führten dazu, dass der Preisanstieg bei Industriegütern mit 1,8% sehr niedrig blieb. In zunehmendem Maße drängten chinesische Unternehmen aufgrund der beschränkten inländischen Nachfrage mit ihren Produkten auf Auslandsmärkte. Aufgrund der wachsenden Produktionskapazitäten und der steigenden Wettbewerbsfähigkeit kann auch in den kommenden Jahren mit höheren Handelsbilanzüberschüssen Chinas gerechnet werden.

Das hohe Wirtschaftswachstum und ein damit verbundener Strukturwandel wurde durch die Ende 2005 veröffentlichten Ergebnisse des Wirtschaftszensus unterstrichen. Ergebnis des Zensus ist, dass die chinesische Wirtschaft noch schneller als angenommen gewachsen und der Dienstleistungssektor wesentlich größer als ursprünglich ausgewiesen ist. Die Überprüfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2004 ergab, dass dieser Wert um 16,8% größer als ursprünglich ausgewiesen ist. Der Anteil des sekundären Sektors (Industrie und Bausektor) am BIP ging von 52,9% auf 46,2% zurück, während der Anteil des tertiären Sektors von 31,9% auf 40,7% stieg.

3.2 Fünfjahresprogramm: Soziale Dimensionen

Das hohe Wachstumstempo der chinesischen Wirtschaft ist begleitet von einer Reihe sozialer Entwicklungen, die ein hohes Konfliktpotenzial aufweisen. Hierzu zählen die zunehmenden Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen verschiedenen Regionen, die steigende Arbeitslosigkeit und die mit der Veränderung der Altersstruktur verbundenen Herausforderungen an ein funktionierendes Renten- und Gesundheitssystem. Mit einem Pro-Kopf-BIP von rd. 1.700 US\$ im Jahre 2005 hat China ein Niveau erreicht, von dem Deng Xiaoping im Jahre 1979 annahm, dass damit bereits das Stadium einer „well off society“ erreicht sei. Chinesische Ökonomen empfehlen inzwischen, aufgrund der starken regionalen Entwicklungsunterschiede das Ziel einer „all-around well-off society“ zu erreichen, einer Gesellschaft, in der der Wohlstand in der Bevölkerung gleichmäßiger verteilt ist.

Nach den Vorgaben im neuen Fünfjahresprogramm (2006-2010) soll das BIP pro Kopf innerhalb der nächsten fünf Jahre auf 2.400 US\$ ansteigen. Obwohl die Einkommen der Bauern deutlich zunehmen werden, bleiben die Einkommens-

unterschieden zwischen Stadt und Land im Wesentlichen bestehen. Hoffnungen bestehen lediglich dahingehend, dass die Einkommensschere nicht weiter auseinander geht. Um die Einkommenssituation der ländlichen Bevölkerung zu verbessern, sollen in den nächsten fünf Jahren rd. 45 Mio. Bauern für die industrielle Produktion ausgebildet werden. Weitere Maßnahmen betreffen die Verbesserung der ländlichen Trinkwasserversorgung, um sauberes Trinkwasser für rd. 100 Mio. Bauern bereitzustellen. Weitere 5 Mio. ländliche Haushalte sollen in den nächsten fünf Jahren an das Elektrizitätsnetz angeschlossen werden. Weiterhin ist die Verbesserung der sozialen Sicherung auf dem Land vorgesehen. Mit staatlichen Mitteln soll ein kooperatives medizinisches Versorgungssystem aufgebaut werden, das 80% der ländlichen Bevölkerung absichern soll; derzeit liegt diese Quote bei lediglich 23,5%.

Tab. 3: Zielvorgaben im 11.Fünffjahresprogramm 2006-2010

Einzelziele	
Wirtschaftswachstum	7,58% p.a.
Pro-Kopf-BIP	von 13.985 auf 19.270 RMB
Anteil des Dienstleistungssektors am BIP	von 40,3% auf 43,3%
Anteil des Dienstleistungssektors an Beschäftigung	von 31,3% auf 35,3%
Offizielle Arbeitslosenquote	unter 5%
Urbanisierung	von 43% auf 47%
Bevölkerung (in Mrd.)	von 1,307 auf 1,360
Rentenversicherung in den Städten (Zahl der Versicherten)	von 174 Mio. auf 223 Mio.
Krankenversicherung auf dem Land (Anteil der Versicherten)	von 23,5% auf 80%
Anteil der F&E-Ausgaben am BIP	von 1,3% auf 2%
Senkung des Schadstoffausstoßes	um 10%
Senkung des Wasserverbrauchs pro Einheit industrieller Wertschöpfung	um 30%
Senkung des Energieverbrauchs pro BIP-Einheit	um 20%
Bewaldete Flächen	Von 18,2% auf 20 %
Gesamtlänge neuer Eisenbahnstrecken	17.000 km

Quelle: "Text of Chinese premier's government work report at NPC session", BBC, PF, 5.3.06; Dpa-Bericht, in FAZ, 15.3.06; BBC, PF, 2.3.06.

Der Aufbau einer überbetrieblichen Absicherung von Lebensrisiken hat in den letzten Jahren zwar Fortschritte gemacht, doch ist nach wie vor nur ein geringer Teil der Beschäftigten in den neuen Systemen integriert. Die Zahl der Personen, die in den Städten eine Rentenversicherung aufwies, soll von 174 Mio. im Jahre

2005 auf 223 Mio. im Jahre 2010 zunehmen. Weiterhin soll das Rentensystem auch für die Bauern geöffnet werden. Derzeit leben in China rd. 143 Mio. Menschen bzw. rd. 11%, die älter als 60 Jahre sind. Innerhalb der nächsten zwei Dekaden wird damit gerechnet, dass sich dieser Anteil verdoppeln wird.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen beträgt zwar nur 4,2% im Jahr 2005, doch ist in dieser Statistik nur ein Teil der städtischen Arbeitskräfte enthalten. Die Gruppe der von staatseigenen Betrieben freigesetzten Arbeitskräfte und die ländlichen Arbeitskräfte in den Städten sind dagegen nicht erfasst. Schätzungen nach würde die tatsächliche Arbeitslosenquote einschließlich der von Staatsunternehmen freigesetzten Arbeitskräfte in einigen Großstädten bei rd. 10% liegen. Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze stehen demnach sehr hoch auf der Agenda der Regierung. Im Fünfjahresprogramm ist vorgesehen, dass zwischen den Jahren 2006 und 2010 rd. 45 Mio. neue Arbeitsplätze entstehen sollen. Weiterhin sollen rd. 45 Mio. ländliche Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in nichtagrari-sche Beschäftigungsfelder überführt werden. Die Arbeitslosigkeit soll in dieser Fünfjahresphase auf ein Niveau auf 5% beschränkt werden.

Biographien: Hu Jintao, Wen Jiabao, Wu Bangguo

Liu Jen-Kai

HU Jintao, Staatspräsident der VR China und ZK-Generalsekretär

Hu Jintao wurde auf der 1. Plenartagung des XVI. ZK der KPCh am 15. November 2002 zum ZK-Generalsekretär und somit zum Nachfolger von Jiang Zemin gewählt. Auf der 4. Plenartagung im September 2004 übernahm er von Jiang Zemin auch den Vorsitz der Zentralen Militärkommission (ZMK) der KPCh. Im März 2005 wurde er zudem Vorsitzender der Staatlichen ZMK. Die Militärkommissionen sind identisch besetzt. Wie Jiang Zemin hat auch Hu in der Vergangenheit keine Berührungspunkte mit dem Militär gehabt. Auf der 1. Tagung des X. NVK im März 2003 hatte Hu Jintao von Jiang Zemin auch das Amt des Staatspräsidenten ("Vorsitzender der VR China") übernommen.

Hu Jintao hat noch folgende Posten inne:

- stellvertretender Vorsitzender des ZK-Stellenplankomitees (seit 1993),
- Leiter der ZK-Führungsgruppe für den Parteaufbau (seit 1994),
- Leiter der Führungsgruppe für Staatssicherheit (seit 2002),
- Leiter der ZK-Führungsgruppe für Wirtschaft und Finanzen,
- Leiter der ZK-Führungsgruppe für auswärtige Angelegenheiten,
- Leiter der ZK-Führungsgruppe für Taiwan-Angelegenheiten (alle drei Posten seit 2003),
- Ehrenvorsitzender des Chinesischen Roten Kreuzes (seit 2004).

Hu Jintao ist ein Senkrechtstarter in der Partei. Er war immer der Jüngste: 1982 mit 39 Jahren der jüngste ZK-Kandidat, 1988 mit 46 Jahren als Parteichef von Tibet der jüngste Parteisekretär auf Provinzebene und 1992 mit 49 Jahren das jüngste Mitglied im Ständigen Ausschuss des Politbüros. Seinem Einsatz für die Entwicklung armer Gebiete wie Gansu, Guizhou und Tibet sowie seinem entschlossenen Handeln bei den Unruhen in Tibet während seiner dortigen Amtszeit hat er wohl in erster Linie die Förderung durch Parteiveteranen und damit seinen

kometenhaften Aufstieg zu verdanken. Hu Jintao ist aus dem KJV hervorgegangen und soll ein Schützling von Deng Xiaoping gewesen sein. Zu Hus Mentoren werden auch der orthodoxe Song Ping (ehemaliger Parteisekretär der Provinz Gansu und später Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros) und der liberale Hu Yaobang (vor der „Kulturrevolution“ Erster Sekretär des KJV und von 1982 bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im Januar 1987 ZK-Generalsekretär) gezählt. Hu Jintao sagte einmal über seinen Werdegang: „Ich hatte eigentlich überhaupt nicht vorgehabt, mich mit Politik zu befassen.“

Hu Jintao wurde im Dezember 1942 in Shanghai geboren. Seine Vorfahren stammen aus dem Kreis Jixi in der Provinz Anhui. Hu Jintaos Mutter starb vor 1949, der Vater nach dem Ende der „Kulturrevolution“. Hu Jintao und seine beiden jüngeren Schwestern wurden von der Großmutter erzogen. Er ging in Taizhou, Provinz Jiangsu, zur Schule. Hu ist Ingenieur für Wasserwirtschaft. Im Jahr 1959 bestand er die Aufnahmeprüfung für die renommierte Technische Hochschule Tsinghua (Qinghua-Universität) in Beijing. Im April 1964 trat er in die Partei ein; er wurde politischer Instrukteur an seiner Hochschule. Im Jahr 1965 schloss er sein Studium im Fachbereich Wasserbauprojekte ab. Danach blieb er an seiner Alma Mater und nahm an Forschungsarbeiten seines alten Fachbereichs teil. Im Jahr 1968 wurde Hu Jintao in die Provinz Gansu im Nordwesten Chinas geschickt, wo er für das Ministerium für Wasserbau und Elektrizitätswesen arbeitete. Von 1975 bis 1980 war er stellvertretender Leiter des Büros für Planung und Verwaltung der Investbaukommission von Gansu (er nahm am Bau zweier Wasserkraftwerke am Oberlauf des Gelben Flusses [Huanghe] teil) und von 1980 bis 1982 stellvertretender Vorsitzender dieser Kommission. Im September 1982 wurde Hu Jintao auf dem XII. Parteitag zum ZK-Kandidaten gewählt. Von 1982 bis 1985 arbeitete er dann für den KJV. Hu Jintao wurde im Oktober 1982 zunächst zum Sekretär des KJV-Komitees von Gansu gewählt, dann im Dezember 1982 in Beijing zum Zweiten Sekretär des Sekretariats des ZK des KJV und im Dezember 1984 auch zum Ersten Sekretär. Dieses Amt hatte er allerdings nur ein halbes Jahr inne. Von August 1983 bis April 1985 war er ferner Vorsitzender des Nationalen Jugendverbandes.

Im Juli 1985 wurde Hu Jintao Parteisekretär von Guizhou, damals die ärmste Provinz Chinas. Hu Yaobang selbst soll ihn für diesen Posten empfohlen haben. Im Dezember 1988 wurde Hu Jintao der erste Parteisekretär in der Autonomen Region Tibet mit einem nichtmilitärischen Hintergrund. Als im März 1989 anlässlich des 30. Jahrestags des tibetischen Volksaufstands größere Gewalttätigkeiten

ausbrachen, ließ Hu Jintao über Lhasa den Ausnahmezustand verhängen. Im Oktober 1992 rückte Hu Jintao auf der 1. Plenartagung des XIV. ZK der KPCh in den Ständigen Ausschuss des Politbüros und in das ZK-Sekretariat (Mitglied bis November 2002) auf. Im Oktober 1993 wurde er Direktor der ZK-Parteischule (ebenfalls bis November 2002). Auf der 1. Tagung des IX. NVK im März 1998 erfolgte seine Wahl zum stellvertretenden Staatspräsidenten. Im September 1999 wurde er auf der 4. Plenartagung des XV. ZK. der KPCh zum stellvertretenden Vorsitzenden der ZMK der KPCh und im Oktober zum stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen ZMK ernannt.

Hu Jintao ist mit Liu Yongqing, einer ehemaligen Kommilitonin verheiratet. Als Hu in der Provinz tätig war, arbeitete sie bei der China Youth Travel Agency des KJV. Nach seiner Rückkehr nach Beijing ließ sie sich in die Städtische Baukommission versetzen. Das Paar hat einen Sohn und eine Tochter, die auch die Qinghua-Universität absolviert haben. Der Sohn soll im Bereich Krankenhausverwaltung tätig sein und die Tochter Hu Haiqing (alias Hu Hsiao Hwa) von 1992 bis 2000 in Amerika studiert haben. Sie heiratete im Jahr 2003 in Hawaii den Millionär Daniel Mao (Mao Daolin), CEO des chinesischen Internetportals Sina.com, einem an der Nasdaq notierten Unternehmen.

WEN Jiabao, Ministerpräsident des Staatsrats der VR China

Der damals 60-jährige Wen Jiabao löste auf der 1. Tagung des X. NVK am 16. März 2003 seinen Förderer Zhu Rongji als Ministerpräsident des Staatsrats ab. Bei der Wahl stimmten nur drei der über 2.900 Delegierten gegen ihn. Im November 2002 war er auf der 1. Plenartagung des XVI. ZK der KPCh zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros gewählt worden; er ist nach Hu Jintao und Wu Bangguo die Nr. 3 in diesem höchsten politischen Entscheidungsorgan. Wen Jiabao hat unter drei ZK-Generalsekretären gedient: Hu Yaobang, Zhao Ziyang und Jiang Zemin. Jetzt arbeitet er unter dem neuen Generalsekretär Hu Jintao. Wie dieser gibt sich Wen als volksnaher Führer, der sich um die Sorgen und Nöte der einfachen Leute, vor allem der Bauern, kümmert. Seit dem XVI. Parteitag haben beide sorgfältig arrangierte und publizierte Besuche in arme Gegenden

unternommen.

Wen Jiabao's weitere Posten in Partei und Regierung:

- Leiter der ZK-Führungsgruppe für die Arbeit auf dem Lande (seit 1998),
- Leiter der ZK-Führungsgruppe für monetäre Sicherheit (seit 2002),
- stellvertretender Leiter der Führungsgruppe für Staatssicherheit (seit 2002; Leiter ist Hu Jintao),
- stellvertretender Leiter der ZK-Führungsgruppe für Wirtschaft und Finanzen (seit 2003; Leiter ist Hu Jintao),
- Vorsitzender des ZK-Stellenplankomitees,
- Leiter der Staatlichen Führungsgruppe für Informationisierung,
- Leiter der Staatlichen Führungsgruppe für Wissenschaft, Technologie und Bildung,
- Leiter der Nationalen Führungsgruppe für die mittel- und langfristige Planung der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung,
- Leiter der Führungsgruppe des Staatsrats für die Entwicklung der westlichen Region,
- Vorsitzender des Komitees für die Mobilisierung zur Landesverteidigung,
- Vorsitzender des Baukomitees für das Drei-Schluchten-Projekt,
- Direktor der Baukommission für das Projekt der Wasserumleitung von Süden nach Norden (die letzteren acht Posten seit 2003),
- Leiter der Führungsgruppe für die Anpassung und Umwandlung der alten Industriebasen in der nordöstlichen Region (seit 2004),
- Leiter der Nationalen Energie-Führungsgruppe (seit 2005).

Wen Jiabao ist wie Staatspräsident Hu Jintao Jahrgang 1942. Er wurde im September 1942 im Bezirk Beijiao der Stadt Tianjin geboren und stammt aus einer Lehrerfamilie. Wen Jiabao ist Ingenieur. Von 1960 bis 1965 studierte er im Fachbereich Bodenvorkommen des Geologischen Instituts von Beijing Geologische Vermessung und Prospektierung. Unmittelbar vor Ende seines Studiums trat Wen im April 1965 in die Partei ein. Er blieb an seiner Alma Mater und forschte in der Fachrichtung Geologische Strukturen. Im Februar 1968 – inmitten der Wirren der „Kulturrevolution“ – erwarb er den Magistergrad.

Noch im selben Jahr wurde Wen Jiabao zu Forschungsarbeiten in die Provinz Gansu geschickt, wo er 14 Jahre – bis 1982 – bleiben sollte. Er wurde dem

Amt für Geologie der Provinz zugewiesen und arbeitete für dessen Trupp für Geomechanik im Bezirk Zhangye. Elf Jahre, von 1968 bis 1979, blieb Wen bei diesem Trupp, dessen Vizeleiter er schließlich wurde. Nach dem Jahr 1979 war er Ingenieur und stellvertretender Direktor des Amts für Geologie in der Provinzhauptstadt Lanzhou. Aus dieser Zeit dürfte Wen Jiabao Hu Jintao kennen, der in der Kommission für Investbau tätig war. Der damalige ProvinzparteiSekreär Song Ping soll die beiden entdeckt und gefördert haben.

Im Jahr 1982 erfolgte Wen Jiabaos (wie auch Hu Jintaos) Versetzung in die Zentrale. Dies geschah im Rahmen der von der Partei eingeleiteten Verjüngung des Kaderkontingents. Im Jahr 1983 wurde er stellvertretender Minister für Geologie und Bodenvorkommen. Im Oktober 1985 stieg Wen Jiabao zum stellvertretenden Direktor und im Juni 1986 zum Direktor des ZK-Hauptbüros auf, das er bis 1993 leitete. Dieses Organ ist mit den Interna von Partei, Regierung und Armee vertraut und überwacht den Dokumentenfluss an die Parteiführer. Deng Xiaoping lobte seinen Arbeitsstil und seine Perfektion beim Abfassen von Entwürfen. Im Jahr 1987 wurde Wen zum Mitglied der ZK-Führungsgruppe für Ideologie und Propaganda und 1988 zum Vorsitzenden des Arbeitskomitees für Organe unter dem Zentralkomitee ernannt. Auf der 1. Plenartagung des XIII. ZK der KPCh im November 1987 wurde Wen Jiabao dann auf Vorschlag des Politbüros zum Kandidaten des ZK-Sekretariats gewählt.

Bei der Protestbewegung 1989 war Wen Jiabao ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang auf den Tian'anmen-Platz gefolgt, als dieser sich bei den Studenten entschuldigte. Nach der Niederschlagung der Demonstrationen wurde es zunächst still um Wen. Doch er überlebte nach dem Sturz von Hu Yaobang auch den Sturz von Zhao Ziyang. Seinem alten Förderer Song Ping, der damals Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros war, soll er es zu verdanken haben, dass er seine Karriere fortsetzen konnte. Wen Jiabao wird Deng Xiaopings „Denkfabrik“ zugeordnet, da er dessen Bridgepartner war. Die Mitspieler dieser Kartenrunde galten als Dengs Strategiekommision. Im Oktober 1992 wurde Wen Jiabao zum Kandidaten des Politbüros gewählt und zum Mitglied des ZK-Sekretariats (den Posten hatte er bis November 2002 inne) ernannt. Im September 1997 erfolgte dann seine Wahl zum vollwertigen Mitglied des Politbüros. Von 1996 bis 1998 war Wen stellvertretender Leiter der Staatlichen Führungsgruppe für Wissenschaft und Technik.

Wen Jiabao wurde im März 1998 auf der 1. Tagung des IX. NVK zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt; Ministerpräsident wurde Zhu Rongji.

Wen war damals mit 55 Jahren der jüngste stellvertretende Ministerpräsident. Sein Aufgabengebiet umfasste die zentralen Bereiche Finanzen, Landwirtschaft, Armutsbekämpfung, Aufforstung und Wasserressourcen. Von 1998 bis 2003 war er zusätzlich Sekretär des ZK-Arbeitskomitees für Finanzen, Leiter der Führungsgruppe des Staatsrats für die Unterstützung der Armen durch Entwicklung, Leiter des Staatlichen Hauptquartiers für Flutkontrolle und Dürrebekämpfung und Vorsitzender des Nationalen Begrünungskomitees. Wen Jiabao vereinte damit eine Fülle von Kompetenzen in wichtigen und innovativen Politikbereichen. Fünf Jahre arbeitete er unter Zhu Rongji als Stellvertreter und trug mit dazu bei, dass China der WTO beitreten konnte und wichtige Reformen im Bereich der maroden Staatsunternehmen und im Finanzsektor (z.B. die Generalüberholung des Bankenwesens) eingeleitet wurden. Große Verdienste erwarb er sich auch bei den Hilfsarbeiten anlässlich der Überschwemmungen 1998. Infolge der intensiven Medienberichterstattung stand der eher zurückhaltende Wen damals im Rampenlicht und rückte so ins Bewusstsein der Bevölkerung.

Wen Jiabao ist mit Zhang Beili, einer Kollegin aus seiner Zeit beim Zhangye-Trupp für Geomechanik in Gansu und heute eine Expertin für Edelsteine (Leiterin des Nationalen Edelstein-Prüfzentrums in Beijing), verheiratet. Das Paar hat einen Sohn und eine Tochter. Der Sohn Winston Wen (Wen Yunsong) soll die IT-Firma Unihub Global Network mit Sitz in Beijing leiten, die Tochter Wen Ruchun ist Hauptgeschäftsführerin der Great Wall Computer Corp. Sie soll mit Xu Ming verheiratet sein, Vorsitzender der Shide Gruppe mit Sitz in der Stadt Dalian (Provinz Liaoning) und laut *Forbes* einer der reichsten Männer in China.

WU Bangguo, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses

Wu Bangguo wurde im März 2003 auf der 1. Tagung des X. NVK als Nachfolger von Li Peng zum Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK gewählt. Der NVK, das indirekt gewählte Parlament, ist das formal höchste Organ der Staatsmacht und Gesetzgebungsorgan. Wu Bangguo ist die Nr. 2 in der Parteihierarchie hinter Hu Jintao und vor Wen Jiabao. Er war – wie auch Wen Jiabao – im

November 2002 zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros gewählt worden. Wu ist ferner seit dem Jahr 2003 Leiter der ZK-Führungsgruppe für Verfassungsänderungen.

Wu Bangguo war acht Jahre lang – von März 1995 bis März 2003 – stellvertretender Ministerpräsident und zeichnete für die Instandsetzung der maroden staatlichen Industriebetriebe verantwortlich. Er hat erst unter dem damaligen Ministerpräsidenten Li Peng und dann – wie Wen Jiabao – fünf Jahre als Stellvertreter von Ministerpräsident Zhu Rongji gearbeitet. Wu ist ein richtiger Shanghai-Kader, der 27 Jahre lang in dieser Stadt gearbeitet hat. Er gilt als Hauptvertreter der „Shanghai-Fraktion“ und – neben dem stellvertretenden Staatspräsidenten Zeng Qinghong und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Huang Ju – als wichtigster Vertrauter des früheren ZK-Generalsekretärs Jiang Zemin, wurde aber auch von Parteiveteranen wie Deng Xiaoping und Chen Yun geschätzt.

Wu Bangguo wurde im Juli 1941 geboren und stammt aus dem Kreis Feidong in der Provinz Anhui. Er wuchs in Beijing auf und besuchte die Mittelschule Nr.13. Im April 1964 trat er in die Partei ein.

Wu ist Ingenieur. Von 1960 bis 1967 studierte er an der Technischen Hochschule Tsinghua Radioelektronik. Nach seinem Abschluss ging Wu Bangguo nach Shanghai.

Wu Bangguo lebte von 1967 bis 1994 in Shanghai. Er arbeitete bis 1978 in verschiedenen Funktionen in einer Fabrik für Elektronenröhren, zuletzt als deren Direktor. Danach übernahm er die Posten des stellvertretenden Geschäftsführers der Shanghaier Gesellschaft für Elektronikbauteile und der Gesellschaft für Elektronenröhren. Im März 1983 wurde Wu Bangguo Mitglied des Ständigen Ausschusses des Shanghaier Parteikomitees und im Juli 1985 einer der stellvertretenden Parteisekretäre von Shanghai. Jiang Zemin hatte damals denselben Posten, bevor er zum Parteichef der Stadt und damit zum Vorgesetzten Wus aufstieg. Im April 1991 trat Wu Bangguo die Nachfolge von Zhu Rongji als Parteisekretär von Shanghai an (das Amt hatte er bis September 1994 inne). Zhu Rongji wurde als stellvertretender Ministerpräsident in die Zentrale berufen. Von nun an hatte Wu Bangguo die Gelegenheit, Deng Xiaoping, der jedes Jahr aus dem kalten Beijing nach Shanghai floh, aufzuwarten. Im Oktober 1992 wurde er Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, und von September 1994 bis September 1997 war er Mitglied des ZK-Sekretariats.

Wegen seines einfachen Lebensstils wurde Wu Bangguo in Shanghai „Sekretär des einfachen Volkes“ genannt. Er galt als Politiker, der nicht korrupt war und

keine Privilegien in Anspruch nahm. Seine Frau Zhang Ruizhen arbeitete auch in der Shanghaier Stadtverwaltung. Das Paar hat einen Sohn und eine Tochter.

Abkürzungen

KJV = Kommunistische Jugendverband Chinas

KPCh = Kommunistische Partei Chinas

NVK = Nationaler Volkskongreß

ZK = Zentralkomitee

Aktuelle Themen

Taiwan – Stachel im Fleisch der großen chinesischen Nation

Karsten Giese

Die Frage der Wiedervereinigung ist eine, wenn nicht gar die zentrale Frage der chinesischen Politik. Sie wird von der chinesischen Regierung nicht als außenpolitische Frage definiert, weil sie Taiwan trotz zeitweilig nicht ausgeübter Souveränität über die Insel als integralen und unveräußerlichen Bestandteil chinesischen Territoriums ansieht. Nach der Wiedereingliederung Hongkongs und Macaus in das chinesische Staatswesen ist Taiwan die letzte offene nationale Frage. Nach chinesischer Lesart handelt es sich dabei um die letzte der Wunden, die dem chinesischen Selbstbewusstsein durch den westlichen Imperialismus bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein geschlagen wurden. Nur die Überwindung dieses nationalen Schmach ermöglicht China den uneingeschränkten Wiederaufstieg zu einstiger Größe, so die allgemeine Überzeugung. Dass die Teilung der chinesischen Nation in die heute international als einziger legitimer chinesischer Staat anerkannte Volksrepublik China und die trotz der seit den 1970er Jahren weitgehend versagten völkerrechtlichen Anerkennung parallel weiter bestehenden Republik China auf Taiwan nicht Ergebnis des westlichen Imperialismus, sondern vielmehr Resultat des chinesischen Bürgerkriegs und des Kalten Krieges ist, tritt in der chinesischen nationalen Rhetorik stark in den Hintergrund.

Jede Regierung der Volksrepublik China hat seit der Staatsgründung im Jahr 1949 die Wiedervereinigung mit Taiwan auf ihre Fahnen geschrieben. Seit der Einleitung der chinesischen Reformpolitik ist dieses Programm jedoch immer wichtiger geworden. Die Kommunistische Partei Chinas hält nicht zuletzt weitgehend unangefochten an ihrem Alleinherrschaftsanspruch fest, weil sie es verstanden hat, sich nach der weitgehenden Aufgabe der revolutionär ausgerichteten kommunistischen Ideologie als einzige nationale Kraft zu etablieren. Nicht zuletzt aufgrund eigener propagandistischer Anstrengungen wird ihre Herrschaftslegitimation in China an der Fähigkeit der Partei gemessen, China zu einer Weltmacht zu führen und die nationale Einheit herzustellen und zu wahren. Das macht die Perspektive der Wiedervereinigung mit Taiwan in Form einer Eingliederung der Insel in die Volksrepublik China zu einer zentralen Frage der chinesischen

Politik. Deshalb duldet die chinesische Regierung keinerlei Einschränkung ihres Alleinvertretungsanspruchs für ganz China einschließlich der Insel Taiwan.

Seit Ende der 1970er Jahre umwirbt die chinesische Regierung Taiwan, um die Bevölkerung für eine Wiedervereinigung mit dem Festland zu gewinnen. Der Sonderstatus von Hongkong und Macau soll dabei als Vorbild für die Insel dienen. Im Zuge einer Einheitsfrontstrategie wirbt die chinesische Regierung um alle gesellschaftlichen Kräfte in Taiwan und betreibt eine Politik der fortschreitenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration, um so die Überlebensfähigkeit Taiwans als eigenständiges Gebilde zu untergraben und letztlich den Weg für eine politische Wiedervereinigung zu bereiten. Diese an sich bislang sehr erfolgreiche Politik birgt jedoch auch Risiken für die chinesische Regierung. So ist die Integration im wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Bereich zwar bereits weit fortgeschritten, doch gerade die stark gewachsene wirtschaftliche Interdependenz engt letztlich auch den politischen Spielraum Beijings gegenüber Taiwan ein. Zum anderen hat sich in Taiwan ein politischer Demokratisierungsprozess vollzogen, der zu einer Stärkung der Befürworter des Status quo – wenn nicht gar einer staatlichen Unabhängigkeit der Insel – geführt hat, während gleichzeitig durch das Erstarken der Volksrepublik China der außenpolitische Spielraum eingeengt und die Verhandlungsposition gegenüber Beijing geschwächt wurden.

Die chinesische Regierung hat das Projekt Wiedervereinigung mit Taiwan als Langzeitprojekt angelegt und ist sich bewusst, dass die internationale Entwicklung und auch die Zeit auf ihrer Seite stehen. Innenpolitisch und propagandistisch hingegen kann sich Beijing nicht leisten, das Projekt auf die lange Bank zu schieben und untätig zu erscheinen. Die Bevölkerung erwartet von ihrer Regierung eine harte Hand in der Durchsetzung nationaler Interessen, und jede Stärkung Taiwans auf dem internationalen politischen Parkett wird als Ausdruck der Schwäche der eigenen Regierung interpretiert. Auch aus diesem Grunde verlangt Beijing von anderen Staaten immer aufs Neue Bekenntnisse zum so genannten Ein-China-Prinzip, kritisiert mit scharfen Worten jede Äußerung oder Handlung eines Landes, die den Eindruck erwecken könnten, bei Taiwan handle es sich um einen souveränen Staat, und agitiert gegen jegliche Aktion der taiwanischen Regierung, die als Zuwachs an Souveränität ausgelegt werden könnte.

Die Strategie Beijings ist bestimmt durch eine Politik mit Zuckerbrot und Peitsche. Die unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Gruppen in Taiwan werden umworben, während die Regierung zugleich als illegitim diffamiert wird und ein militärisches Drohpotenzial aufgebaut wird, das verdeutlichen

soll, dass Beijing einseitige Schritte in Richtung einer staatlichen Unabhängigkeit Taiwans auch mit dem Einsatz von Gewalt zu verhindern bereit ist. Die Problematik, der sich die chinesische Regierung gegenüber sieht, besteht darin, politische Manöver der taiwanischen Regierung zu bewerten und darauf adäquat sowohl im Sinne der langfristigen Strategie als auch im Hinblick auf das heimische Publikum zu reagieren. Es fehlt der chinesischen Regierung jedoch ein Instrumentarium zur flexiblen Gestaltung entsprechender Reaktionen. Jenseits von verbalem Säbelraseln, das trotz offenkundig bestehender militärischer Drohkulisse im Einzelfall vielfach in Taiwan nicht recht ernst und lediglich als ritualisierter Schlagabtausch wahrgenommen wird, und dem tatsächlichen Einsatz angedrohter militärischer Gewalt gegen die Insel, was sowohl die USA als de facto Schutzmacht Taiwans auf den Plan rufen als auch das Gesamtprojekt des Aufstiegs Chinas zur Weltmacht gefährden würde, fehlen adäquate politische Instrumente.

Das international vielfach als Verschärfung der Bedrohung Taiwans interpretierte Antisezessionsgesetz, das im Frühjahr 2005 verabschiedet wurde, kann letztlich auch als Versuch gewertet werden, der chinesischen Politik die Möglichkeit feinerer Abstufungen in der Reaktion auf taiwanische Handlungen bereit zu stellen. Unabhängig davon, dass der Gesetzestext einen Kompromiss zwischen Hardlinern und Gemäßigten in der chinesischen Taiwan-Politik darstellt und auch eine stärkere Verrechtlichung in diesem Bereich herbeigeführt hat, handelt es sich definitiv nicht um eine Verschärfung der chinesischen Haltung. Schon immer bestand die Drohung militärischer Gewalt für den Fall, dass Taiwan sich Verhandlungen über eine Wiedervereinigung widersetzen bzw. Schritte in Richtung einer formalen Unabhängigkeit unternehmen würde. Nunmehr ist durch das Gesetz erstmals definiert, dass nichtfriedlichen Mittel gegen Taiwan nur dann zum Einsatz kommen sollen, falls sezessionistische taiwanische Kräfte eine Abspaltung von China herbeiführen bzw. nicht näher definierte Vorfälle zu einer solchen Abspaltung führen sollten oder alle Mittel zur Erreichung einer friedlichen Wiedervereinigung erschöpft wären. Erstmals hat sich die chinesische Regierung durch den in das Gesetz aufgenommenen Begriff der nichtfriedlichen Mittel die Möglichkeit eröffnet, Sanktionen gegen Taiwan zu beschließen, die weit unterhalb der Eskalationstufe eines Militäreinsatzes liegen.

Obwohl somit die chinesische Taiwan-Politik von dem bis dato bestehenden Entweder-Oder befreit ist, scheut die chinesische Regierung vor Maßnahmen gegen Taiwan zurück, die das sorgsam aufgebaute Image vom friedlichen Aufstieg Chinas, vom freundlichen Riesen und verantwortungsvollen Partner der internationalen

Gemeinschaft diskreditieren könnten. Auch besteht Unsicherheit darüber, welche Aktion Taiwans bzw. welche Situation einen Tatbestand konstituieren könnte, die nach nichtfriedlichen Mitteln verlangen – nicht nur international oder in Taiwan, sondern vielmehr auch in der chinesischen Regierung selbst. Das zeigte sich auch jüngst Ende Februar 2006 im Zusammenhang mit der Suspendierung der Arbeit des taiwanischen Nationalen Vereinigungsrates und der Aussetzung der Gültigkeit der Richtlinien für die nationale Vereinigung aufgrund eines Dekrets des taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian. Zwar hatte der als zentrales Gremium der taiwanischen Wiedervereinigungspolitik im Jahr 1990 gegründete Vereinigungsrat bereits mehrere Jahre nur noch auf dem Papier bestanden, weshalb es sich bei seiner Suspendierung letztlich auch nur um einen symbolischen – und noch dazu in erster Linie innenpolitisch motivierten – Akt handelte. Eine enge Auslegung dieser Handlung hätte jedoch durchaus zu der Interpretation führen können, dass es sich hierbei um eine eindeutige Abkehr vom Prinzip der Wiedervereinigung handle und somit der Einsatz nichtfriedlicher Mittel gerechtfertigt sein könnte. Und in der Tat wurden in China Stimmen laut, die eine Überarbeitung des Antisessionsgesetzes forderten, um auf gezielte und geschickte Provokationen aus Taiwan, die bewusst die Grauzone in der chinesischen Taiwan-Politik ausnutzen, effektiver und flexibler reagieren zu können. Letztlich bietet auch dieser jüngste Konflikt jedoch ein weiteres Indiz dafür, dass die chinesische Regierung selbst den Einsatz nichtfriedlicher Mittel gegen Taiwan auf absehbare Zeit als ungeeignetes Instrument ansieht, um die nationale Vereinigung zu verwirklichen. Es blieb wie schon so oft bei einem verbalen Schlagabtausch.

Neu und bemerkenswert an der chinesischen Reaktion ist hingegen die Tatsache, dass die chinesische Regierung erstmals systematisch versuchte, die internationale Gemeinschaft gegen Taiwan zu mobilisieren. Entsprechende Telefonate oder Unterredungen chinesischer Spitzenpolitiker mit UN-Generalsekretär Kofi Annan, dem Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen Jan Eliasson, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Regierungsvertretern der Russischen Föderation, Südkoreas, Singapurs und sogar Japans sowie mit Repräsentanten der Europäischen Union deuten tatsächlich auf ein neues erweitertes Repertoire der chinesischen Politik zur Abwehr taiwanischer Bestrebungen nach mehr politischem Spielraum auch jenseits des traditionellen Säbelrasselns hin. Die erwünschte Wirkung blieb nicht aus. Alle genannten Staaten und Organisationen äußerten in unterschiedlicher Form Bedenken und Beunruhigung gegen die Entscheidung Chen Shuibians für eine Aussetzung der ohnehin seit langem auf Eis liegen-

den Arbeit des Nationalen Vereinigungsrates. Sogar UN-Generalsekretär Annan ließ sich zu der Stellungnahme bewegen, die Vereinten Nationen würden am Ein-China-Prinzip festhalten.

Der chinesischen Regierung, die bislang die Taiwan-Frage als ausschließlich innerchinesische Angelegenheit betrachtet wissen will und sich gegen jedwede Form der Einmischung von außen verwehrt, ist es mit der Anrufung ausgewählter Staaten der Weltgemeinschaft gelungen, Taiwan und der dortigen Bevölkerung eindringlich vor Augen zu führen, wie isoliert die Insel politisch international tatsächlich ist und wie sinnlos Versuche der taiwanischen Regierung zur Erweiterung des außenpolitischen Spielraums letztlich sind. Darüber hinaus setzte Beijing seine Anstrengungen fort, den in Taiwan inzwischen wenig populären Präsidenten Chen Shuibian als von Volk und politischer Klasse in Taiwan weitgehend isolierten Unruhestifter darzustellen. Die chinesische Regierung beobachtet die politische Situation in Taiwan aufmerksam und setzt seit geraumer Zeit offen auf ein Wiedererstarken der Guomindang (KMT) und den politischen Wechsel. Beijing sieht in der stärker auf China fixierten und nicht primär nach Unabhängigkeit strebenden Partei des einstigen Bürgerkriegsgegners Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) einen geeigneteren Partner für die eigene langfristige politische Agenda der friedlichen Wiedervereinigung.

Chinas Technologievisionen und aktuelle Probleme beim sino-ausländischen Technologietransfer

Margot Schüller

Die Verbesserung der Innovationsfähigkeit wird inzwischen von der chinesischen Regierung als unbedingte Voraussetzung für die Realisierung eines langfristig hohen Wirtschaftswachstums angesehen. Dies soll bis zum Jahr 2020 auf einem Niveau von 7% p.a. erfolgen. Neben dem Technologietransfer über Importe und ausländische Unternehmen wird die Stärkung der eigenen Innovationskräfte betont.

Im Rahmen einer Strategie der „Belebung der Nation durch Wissenschaft und Bildung“ wird das Ziel verfolgt, das Forschungs- und Entwicklungssystem zu verbessern und den Beitrag von Wissenschaft und Technologie zu Innovation und Wirtschaftswachstum zu erhöhen. Die Anerkennung der Schlüsselrolle von Wissenschaftlern, insbesondere auch der im Ausland ausgebildeten und nach China zurückgekehrten Forscher, spielt in der neuen Strategie eine bedeutende Rolle.

Um den technologischen Abstand zu den OECD-Ländern zu verringern, wurden vor allem seit Mitte der 1990er Jahre mehr Mittel für Wissenschaft und Technologie bereitgestellt. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhten sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) von 0,6% im Jahre 1995 auf 1,3% im Jahre 2005. Im internationalen Vergleich der F&E-Ausgaben in Relation zum BIP lag China damit allerdings immer noch deutlich hinter den USA und Deutschland sowie hinter den industriell höher entwickelten Nachbarländern in Asien, insbesondere Japan und Südkorea. Die starken regionalen Entwicklungsunterschiede spiegeln sich im Umfang der F&E-Mittel wider, die auf einzelne Verwaltungsregionen entfallen. So gilt die Hauptstadt Beijing mit ihren vielen Universitäten und Forschungsinstitutionen als F&E-Zentrum, weitere Schwerpunkte sind die Provinz Guangdong und die Metropole Shanghai.

Im Vergleich zu den OECD-Ländern weist das chinesische Innovationssystem viele Schwächen auf. Hierzu zählt vor allem der geringe Anteil der F&E-Investitionen in der Grundlagenforschung sowie die geringe Zahl der Patentanmeldungen in den Triadeländern USA, Japan und der EU. Triade-Patente

gelten als wichtiger Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Patentanmeldungen im Inland für „Utility Models“ und „Designs“ sind zwar rasant gestiegen, doch dominieren ausländische Unternehmen in der Patentstatistik bei der Patentkategorie „Inventions“, also den Erfindungen im engeren Sinne.

Um die Innovationsfähigkeit zu stärken, setzt die chinesische Regierung im Rahmen des langfristigen Programms zur Entwicklung von Wissenschaft und Technologie (2006-2020) folgende Schwerpunkte:

1. Entwicklung von Schlüsseltechnologien in der Ausrüstungs- und Informationsindustrie mit dem Ziel, international zur Spitzengruppe hinsichtlich der Technologiestandards zu zählen.
2. Aufstieg an die Spitze der auf den Agrarsektor bezogenen Wissenschafts- und Technologiefähigkeiten, um die Ernährungssicherheit zu garantieren.
3. Durchbruch bei Technologien, die die Entwicklung des Energiesektors bestimmen, insbesondere Energieeinspartechnologien und umweltfreundliche Energien.
4. Aufbau von technologischen Entwicklungsmodellen für eine Kreislaufwirtschaft mit Schwerpunkt in wichtigen Industrien und Städten. Ziel ist eine höhere Ressourceneffizienz und Umweltfreundlichkeit.
5. Verbesserung der Vorsorge und Kontrolle bei schwerwiegenden Krankheiten; Durchbruch bei der Entwicklung neuer Medikamente und medizinischer Geräte.
6. Stärkung der auf den Verteidigungssektor bezogenen Wissenschaft und Technologie, um eigenständig moderne Waffensysteme zu erforschen und zu entwickeln mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu garantieren.
7. Aufbau von Wissenschaftlerteams mit internationalem Standard, die wesentlich die allgemeine internationale Wissenschaftsentwicklung mit beeinflussen und in Spitzentechnologien wie IT, Biotechnologie, neue Materialien und Raumfahrt anerkannte Erfolge aufweisen.
8. Aufbau einer Reihe von Forschungsinstituten, Universitäten und international wettbewerbsfähigen F&E-Unternehmenszentren, die international führend sind.

Der langfristige Wissenschafts- und Technologieentwicklungsplan sieht vor, dass bis zum Jahr 2020 die F&E-Ausgaben auf 2,5% des BIP angehoben werden. Weiterhin soll der Beitrag des Wissenschafts- und Technologiefortschritts zum BIP auf 60% erhöht und die Abhängigkeit von ausländischen Technologien auf 30% reduziert werden. Darüber hinaus will China bis zum Jahr 2020 zu den fünf wichtigsten Ländern hinsichtlich der im Inland entwickelten Patente und der Zitationen in internationalen Wissenschaftspublikationen zählen.

Für die Realisierung dieser Ziele ist ein weiterer Umbau des nationalen Innovationssystems sowie eine Anpassung der technologiepolitischen Instrumente vorgesehen. Die Stärkung der eigenen Innovationskapazitäten beruht auf der Erkenntnis, dass die bisherige Wirtschaftsentwicklung weitgehend auf dem Import von Technologien und Ausrüstungen basierte und dass Fragen der Absorbierung, Anpassung und eigenen Innovationsfähigkeit nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Es wird davon ausgegangen, dass der internationale Wettbewerbsdruck aufgrund der Vorteile der Industrieländer im Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiebereich auch zukünftig anhalten wird und deshalb Maßnahmen zur Stärkung der eigenen Innovationsfähigkeit erforderlich sind.

Während die langfristige Realisierung der Ziele durchaus möglich erscheint, bleiben kurz- und mittelfristig ausländische Unternehmen für den Technologietransfer von zentraler Bedeutung. Diese Unternehmen, die inzwischen rd. 750 F&E-Zentren in China aufgebaut haben, sehen sich allerdings mit einer Vielzahl von Risiken konfrontiert. Hierzu gehört die unzureichende rechtliche Durchsetzung der geistigen Eigentumsrechte (IPR). Als besondere Probleme gelten die verbreitete Produkt- und Markenpiraterie, ein *Know how*-Abfluss bei der Auftragsfertigung und die Begünstigung von „Patent-Piraten“ durch das chinesische Patentrecht. Um sich vor IPR-Verletzungen zu schützen, haben die Unternehmen das Schutzrechtsmanagement verstärkt und zur Produktsicherung auf Hologrammen und Codierungen zurückgegriffen. Weiterhin haben sie damit begonnen, ihre Lizenznehmer sorgfältiger auszuwählen und ihre eigenen Patente auch in China trotz der Defizite bei der Rechtsdurchsetzung anzumelden.

Ausländische Unternehmen sind grundsätzlich zum Transfer von Technologien und Management-Know-how bereit und nutzen die Chancen der Kooperation mit chinesischen Partnerunternehmen. Als problematisch wird jedoch der „erzwungene“ Technologietransfer verstanden, der durch eine Verzerrung der Spielregeln des chinesischen Marktes durch staatliche industriepolitische Eingriffe entstanden ist. An erster Stelle steht dabei der Zwang für Auslandsunternehmen,

in bestimmten Industrien wie beispielsweise der Automobilbranche Gemeinschaftsunternehmen einzugehen bzw. die Vorgabe von Partnerunternehmen und Standorten. Ähnlich negativ wirkt sich die Anforderung an die Lokalisierung der Produktion aus, da Zulieferbetriebe oftmals nicht ausreichende Standards aufweisen und nur durch Technologietransfer das geforderte Niveau für Zulieferungen erreichen. Dies gilt insbesondere auch für Infrastrukturprojekte, die öffentlich ausgeschrieben werden. Hierbei wird oft ein lokaler Fertigungsanteil von 70-80% gefordert. Weiterhin wird die Einschaltung von Design-Instituten kritisiert, die bei Machbarkeitsstudien eine Prüfung ausländischer Technologien vornehmen, aber gleichzeitig mit staatlichen Forschungs- und Entwicklungsinstituten verbunden sind. Da China als Marktwirtschaft und gleichberechtigter Partner im internationalen Kontext anerkannt werden will, wird sich die Forderung nach Übernahme international anerkannter fairer Spielregeln gegenüber der chinesischen Regierung in den nächsten Jahren verstärken. Mit der Akzeptanz dieser Regeln würde China letztlich auch die im Beitrittsprotokoll zur WTO anerkannten Prinzipien des „national treatment“ für Auslandsunternehmen umsetzen.

Die „Bauernfrage“: Sorge um die Ernährungssicherheit und die politische Stabilität

Günter Schucher

Die „Bauernfrage“ (oder Chinesisch „san nong wenti“) wurde von der neuen chinesischen Partei- und Staatsführung gleich nach dem Amtsantritt 2002 zu einem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit erklärt. Parteichef Hu und Ministerpräsident Wen machten durch Besuche in armen ländlichen Gebieten deutlich, dass sie sich stärker um die von den Reformen „benachteiligten Gruppen“ kümmern wollten. Inzwischen wurde in im Jahr 2006 bereits zum dritten Mal hintereinander das erste parteistaatliche Dokument des Jahres, dem traditionell eine gewisse programmatische Bedeutung zukommt, der Bauernfrage gewidmet. Dahinter steht die durchaus reale Sorge um die Ernährungssicherheit und die soziale Stabilität in China.

Von 1997 bis 2003 war die VR China Nettoexporteur von Getreide. Dies wandelte sich allerdings im Jahr 2004, als erstmals über 8 Mio. Tonnen Getreide importiert wurden. Trotz der Produktionssteigerung konnte das Land damit sein Ziel, Selbstversorger zu sein, nicht erreichen. Für das Jahr 2005 wird mit einer Lücke von 35 Mio. Tonnen Getreide gerechnet. Ein immer drängenderes Problem ist dabei die abnehmende Größe der Agrarflächen. Dabei ist die Nutzung von Agrarland für nichtagrarische Zwecke vor allem in den am weitesten industrialisierten und bevölkerungsreichsten Gebieten im Osten Chinas am stärksten ausgeprägt. M.a.W. die landwirtschaftlich fruchtbarsten Gebiete sind betroffen, was besonders schwer wiegt (vgl. auch den Beitrag von Katrin Willmann).

Die Einkommen der Bauern sind zwar im Jahr 2005 mit 6,2% beachtlich gestiegen, die städtischen Einkommen haben aber mit 9,6% noch mehr zugenommen. In absoluten Zahlen erreichten die Bauern ein durchschnittliches Pro-Kopf-Nettoeinkommen von 3.255 Yuan, die Städter von 10.493 Yuan. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Bauerneinkommen in der chinesischen Statistik ein künstliches Konstrukt darstellen, das auch nichtmonetäre Ernteerträge berücksichtigt, die zum Eigenverbrauch bei den Bauern verbleiben. Die Kluft zwischen Land und Stadt ist dabei weiter gewachsen. Verdienen Städter derzeit gut dreimal mehr als die Bauern, so wird sogar befürchtet, dass diese Differenz bis zum Jahr 2020 auf das

Siebenfache steigen kann. Die Hoffnung der Führung, das gegenwärtige Verhältnis zumindest halten zu können, scheint angesichts der bisherigen Entwicklung eine „mutige“ Annahme. Von 1978 bis 2003 wuchs das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen eines Städters um gut das Sechsfache, das eines Landbewohners aber nur um gut das Vierfache.

Ein genauerer Blick auf die Quellen bäuerlichen Einkommens enthüllt, dass ein beträchtlicher Teil durch nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten erwirtschaftet wird. Der Anteil der Landwirtschaft am Pro-Kopf-Nettoeinkommen hat von 1985 bis 2002 von 66,4% auf 45,8% abgenommen. D.h. aber, dass die realen Einkommen der ländlichen Haushalte, die über keine oder nur geringe Nebeneinkünfte aus nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit verfügen, in den letzten Jahren nicht gewachsen sind, sondern eher noch abgenommen haben. Berücksichtigt man weiter die nichtmonetären Einkommen der Städter (wie z.B. Versicherungszahlungen), dann könnte die Differenz zwischen städtischen und ländlichen Einkommen bereits jetzt bei dem Fünf- bis Sechsfachen liegen.

Für erhebliche Unruhe unter den Bauern sorgen – neben den vernachlässigten Bereichen Bildung und Gesundheitsversorgung – vor allem die erwähnten Landnahmen durch lokale Behörden, die sich von Industrieansiedlungen, Hotels oder Shopping Malls höhere Einnahmen versprechen. Nach Angaben staatlicher Medien verlieren jedes Jahr 1 bis 3 Mio. Bauern ihr Land – und damit ihre soziale Absicherung – für derartige Entwicklungsprojekte. Und schließlich beklagen viele der derzeit rund 150 Mio. Wanderarbeiter in den Städten Diskriminierungen (haben sie und ihre Angehörigen doch bei weitem nicht die gleichen Arbeits-, Bildungs- und Aufenthaltsrechte wie die Städter) und vor allem das Vorenthalten der ihnen zustehenden Löhne. Die Lösung dieser Frage ist auch strukturpolitisch bedeutsam, soll doch die ländliche Unterbeschäftigung dadurch behoben werden, dass bis zum Jahre 2025 weitere 300 Mio. Bauern in Groß- und Kleinstädte abwandern.

Der Verschärfung dieser Probleme, die wirtschaftlich, aber vor allem sozial destabilisierend wirken können, will die neue Führung Einhalt gebieten. Schon jetzt nehmen die sog. „Massenvorfälle“ von Jahr zu Jahr zu und vielfach sind an den Protesten auch Bauern beteiligt. Die Regierung hat daher die Parole ausgegeben, dass es an der Zeit sei, bisherige Trends umzudrehen und „die Industrie an die Landwirtschaft zurückzahlen“ zu lassen. Als Maßnahmen setzt sie dabei vor allem auf erhöhte staatliche Ausgaben, die Abschaffung der Agrarsteuer, den Erlass von Schulgebühren im ländlichen Raum, adäquate Kompensationen für requiriertes

Agrarland sowie die staatliche erzwungene Nachzahlung ausstehender Löhne. In der politischen Formelsprache lautet dies: „Mehr geben, weniger nehmen und die Kontrollen erleichtern“. Die *Volkszeitung* feierte den Beschluss zur Abschaffung der – letztlich 2.600 Jahre alten – Agrarsteuer als von epochaler Bedeutung.

Programmatisches Ziel ist der Aufbau eines „neuen sozialistischen Landes“, wo die ländliche Produktion wächst, die Bauern in den Dörfern gut leben und demokratisch verwaltet werden, wo die Umwelt sauber und die Moral gesund ist. Im Mittelpunkt der Maßnahmen steht die Steigerung staatlicher Finanzleistungen. Vor allem die lokalen Kader sollen mit finanziellen Anreizen gewonnen werden, braucht doch die Regierung ihre Unterstützung für die Durchsetzung der Beschlüsse. Zugleich haben diese Kader viel zu verlieren, wenn ihnen die Möglichkeiten zur Erhebung immer neuer „Gebühren“ genommen werden. Knapp 340 Mrd. Yuan sollen daher in diesem Jahr seitens der Regierung in das neue Programm investiert werden (42 Mrd. mehr als im Jahr 2005), 1,2 Mio. km neue Straßen sollen gebaut werden und der Wegfall der Schulgebühren soll bis zum Jahr 2010 durch umgerechnet 13 Mrd. Euro kompensiert werden. Ob dieses Geld bei den Schulen ankommt oder nicht doch in Industrieprojekte investiert wird, wird sich zeigen. Ein staatliches Beratungsgremium hat ermittelt, dass stets nur ein Fünftel staatlicher Subventionen bei den Bauern tatsächlich ankommt.

Wenn von nun an die Industrie die Landwirtschaft unterstützt, dann wäre dies in der Tat eine historische Wende, doch erhebliche Zweifel bleiben angebracht.

Umweltzerstörungen und Energiesicherheit als Herausforderung für die chinesische Politik

Katrin Willmann

Dokumentiert in stetig hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten von jährlich über 8% verlangt der ungebrochene Erfolg der wirtschaftlichen Reformen einen immer deutlicher werdenden Tribut. Die Problemfelder Umweltverschmutzung und -zerstörung sowie Energieknappheit und -effizienz nehmen in der VR China daher im innenpolitischen wie auch außenpolitischen Kontext einen immer höheren Stellenwert ein.

Ökologische Schäden

Bereits seit Jahrhunderten werden Umweltprobleme in China, die durch menschliche Eingriffe in das Ökosystem verursacht worden sind, beschrieben, so z.B. fortschreitende Entwaldung, Wassermangel, Erosion, Ausbreitung von Wüsten, Flutkatastrophen und Dürren. Infolge des raschen Wirtschaftswachstums sieht sich China zudem mit immer gravierenderen „modernen“ Umweltbelastungen konfrontiert. Hierzu zählen die durch die Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft verursachte Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung, der Verlust von Ackerflächen und Bodenversiegelung sowie Lärmbelastung und die Schadstoffbelastung von Agrarprodukten. Der Environmental Sustainability Index Report der Yale-Universität wies China in einer Liste von 146 untersuchten Ländern weit abgeschlagen den 133. Platz zu. Als Bewertungskriterien dienten dabei die Belastung der Umweltsysteme, die politischen Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltbelastungen und Gesundheitsgefährdungen, die soziale und institutionelle Leistungsfähigkeit sowie die staatliche Beteiligung an internationalen Initiativen.

Der Umfang der ökologischen Schäden lässt sich in allen Bereichen durch Untersuchungen sowohl ausländischer als auch chinesischer Experten veranschaulichen. Aufgrund der steigenden Zahl an Automobilen, unzureichender Luftfilterung bei Industrieanlagen und der Kohleverbrennung – der wichtigsten Energieressource in China – zählen inzwischen 16 chinesische Städte zu den 20 Städten mit der weltweit schlechtesten Luftqualität. In ca. 200 Großstädten wird bei der Luftqualität nicht der WHO-Standard erreicht. 70% der chinesischen Gewässer

sind aufgrund ungenügender Abwasserreinigung hochgradig verschmutzt. Nur 26% der städtischen Abwässer werden in Kläranlagen behandelt. 300 Mio. vorwiegend auf dem Land lebende Chinesen verfügen über kein sauberes Trinkwasser. Städtische Abfälle werden nur zu 20% in Müllverbrennungsanlagen umweltgerecht entsorgt oder in Abfalldeponien gelagert. Die Schadstoffe der Abfälle versickern jedoch zu 80% ungefiltert ins Grundwasser. Verunreinigte Gewässer, vergiftete Agrarprodukte sowie Luftverschmutzung verursachen mittlerweile immer häufiger akute und chronische Krankheiten. Erkrankungen der Atemwege werden jährlich bei 400.000 Chinesen als Todesursache angegeben. Kurzfristig ist nicht mit einer Entschärfung der Umweltsituation zu rechnen. Das Bevölkerungswachstum, der steigende Wohlstand, die fortschreitende Urbanisierung und Industrialisierung sowie der damit einhergehende Verlust von Ackerflächen werden vielmehr zur weiteren Erhöhung der Umweltbelastungen beitragen. Allein die Zahl der Automobile pro 1.000 Einwohner wird sich Projektionen des Internationalen Währungsfonds zufolge bei gleichbleibender wirtschaftlicher Entwicklung von derzeit 20 auf 267 bis zum Jahr 2035 erhöhen. Bereits heute schmälern die Kosten der Umweltverschmutzung und -zerstörung das errechnete Wirtschaftswachstum deutlich. Landesweit geht die Weltbank von Kosten in Höhe von jährlich 8 bis 12% des BIP aus. In den 10 Westprovinzen sollen nach chinesischen Angaben die Kosten bei jährlich 13% liegen. Durch die Folgen der ökologischen Schäden wird somit die Legitimität der parteistaatlichen Führung in Frage gestellt, die in erster Linie auf beständigem Wirtschaftswachstum zur Erreichung „bescheidenen Wohlstands“ für die Land- und Stadtbevölkerung basiert und damit der Wahrung der sozialen Stabilität dient.

Eine weitere innenpolitische Herausforderung der zunehmenden Umweltzerstörung ist die steigende Zahl von bislang lokal begrenzten gesellschaftlichen Protesten der vorwiegend ländlichen Bevölkerung (vgl. auch den Beitrag von Günter Schucher). Diese drückt ihren Unmut über lokale Missstände nicht nur immer häufiger wegen illegaler Landnahmen und korrupter Regierungs- und Parteifunktionäre auf Lokalebene aus. Gewaltsame Konflikte zwischen protestierenden Bauern und Sicherheitskräften entzünden sich zunehmend auch aus Protest gegen gesundheitsschädigende Umweltbelastungen durch Industrie- und Kraftwerksanlagen sowie die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Als Beispiele, die international und national Schlagzeilen gemacht haben, sind hier die Konflikte in den wirtschaftlich entwickelten Ostprovinzen Zhejiang im Frühjahr und Sommer 2005 und in Guangdong im Winter 2005/2006 anzuführen. In Zhe-

jiang hatten Bewohner verschiedener Dörfer für die Schließung und Umsiedlung einer ansässigen Chemiefabrik und eines Pharmaunternehmens protestiert, die gravierende Luft- und Wasserverschmutzungen verursacht und die Anwohner gesundheitlich geschädigt hatten. In Guangdong hatte sich der Zorn der Anwohner gegen die Zerstörung von Fischgründen und die befürchtete Luftverschmutzung durch ein gerade erbautes und ein neu geplantes Kohlekraftwerk gerichtet. In allen Fällen hatten Sicherheitskräfte die Proteste gewaltsam niedergeschlagen. Gesellschaftliche Unruhen, die eindeutig mit Umweltschäden und daraus resultierenden Gesundheitsschäden als auslösendem Faktor verbunden sind, werden in staatlichen Statistiken zwar noch nicht aufgeführt, sowohl die parteistaatliche Führung als auch die Staatliche Umweltbehörde (SEPA) nehmen Umweltverschmutzung jedoch als gravierendes soziales Problem wahr.

Die Umweltzerstörungen in der VR China sind indes bei weitem kein rein innenpolitisches Problem mehr. Grenzüberschreitende Umweltkatastrophen wie zuletzt im November 2005, als die Kontaminierung des Flusses Songhua auch den russischen Amur in Mitleidenschaft zog, Meeres- und Luftverschmutzungen sowie vergiftete agrarwirtschaftliche Exportprodukte befördern in den Nachbarländern und importierenden Staaten wie in Japan und Südkorea antichinesische Ressentiments. Die ökologischen Schäden in China haben jedoch nicht nur regional Auswirkungen. Da die VR China bereits heute der weltweit zweitgrößte Emittent von Kohlendioxid und der größte Emittent von Schwefeldioxid ist, wird sie ferner einen immer größeren Anteil am globalen Treibhauseffekt und damit dem weltweiten Klimawandel übernehmen.

Umweltrechtliche Rahmenbedingungen und ein Katalog an Umwelt- und Emissionsstandards wurden in China schon zu Beginn der Wirtschaftsreformen Ende der 1970er Jahren geschaffen. Die Aufnahme von Umweltvergehen in das chinesische Strafrecht und die Einbeziehung Chinas in die internationale Umweltpolitik ist ebenfalls seit Jahren vollzogen. Es mangelt jedoch an der flächendeckenden Einführung von und Ausstattung mit moderner Umwelttechnologie. Als eigentliche Achillesferse stellt sich die Implementierung der staatlichen Umweltpolitik, insbesondere auf Lokalebene, dar. Der jüngste Problemlösungsansatz ist den Bestimmungen des Staatsrats vom Februar 2006 zu entnehmen. Demnach gibt es nicht mehr nur die Möglichkeit, die Verantwortlichen der Unternehmen, die Umweltschäden verursachen, strafrechtlich zu verfolgen. Aufgrund von Versäumnissen bei der Schließung umweltverschmutzender Industrieanlagen oder bei Fabriken mit erhöhtem Sicherheitsrisiko können nun ebenfalls zuständige

Regierungs- und Parteifunktionäre haftbar gemacht werden. Neue Evaluierungskriterien für Neubesetzungen von Partei- und Regierungsämtern auf Gemeindebis hin zur Provinzebene vom Februar und März 2006 setzen ebenfalls Anreize, bei der Steigerung der wirtschaftlichen Wachstumsraten mehr Rücksicht auf ökologische Belange zu nehmen. Beide Ansätze sind im direkten Zusammenhang mit dem Paradigmenwechsel der chinesischen Regierung hin zu einem wissenschaftlichen Entwicklungskonzept im 11. Fünfjahresprogramm (2006-2010) zu sehen, das der Ökologie einen deutlich höheren Stellenwert einräumt (siehe dazu den Beitrag von Heike Holbig).

Energiesicherheit

Eng verbunden mit den ökologischen Schäden sind der steigende Energieverbrauch und die unzureichende Energieeffizienz. Die VR China ist sowohl der weltweit zweitgrößte Energiekonsument als auch Energieproduzent. Der Industriesektor, der einen höheren Energieverbrauch aufweist als der Dienstleistungssektor, hat am BIP der VR China noch immer einen Anteil von über 50%, und im Jahr 2004 überstieg der Energieverbrauch von Kohle mit 17,3% das reale Wirtschaftswachstum von 12,2%. Dies lässt die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen wie Kohle, Erdöl und -gas, sowie nach Wasserkraft und Nuklearenergie stetig steigen. Fragen der Energiesicherheit, also der Bereitstellung von Energie in ausreichender Menge, zu jedem Zeitpunkt und zu angemessenen Preisen, veranlassten die chinesische Regierung daher dazu, eine neue, aktive Energiepolitik zu praktizieren, zumal China aufgrund des steigenden Energiebedarfs bereits seit 1993 Nettoerdölimporteur ist.

Im chinesischen Energiemix dominiert mit fast 70% die Kohle als wichtigste Energieressource des Landes, gefolgt von Erdöl mit 20% sowie Erdgas, Wasserkraft und Kernenergie. Während die VR China als weltweit größter Kohleverbraucher seinen Kohlebedarf selbst decken kann, ist China bei Erdöl als drittgrößter Erdölimporteur zu 40% auf ausländische Ressourcen angewiesen. Im Jahr 2003 verdrängte China Japan vom zweiten Platz als weltgrößter Erdölverbraucher. Bis zum Jahr 2030 wird eine Verfünffachung der Einfuhr von Erdöl prognostiziert. Schätzungen zufolge wird sich im Zeitraum von 2001 bis 2025 der Kohleverbrauch verdoppeln, so dass China ab dem Jahr 2015 trotz der eigenen riesigen Kohlevorkommen auch zum Importeur von Kohle werden könnte.

Angesichts der steigenden Energie- und Elektrizitätsnachfrage, die von der internationalen Energiebehörde (IEA) mit jährlichen Zuwächsen von 6 bis 10%

bezziffert wird, und der zunehmenden Importabhängigkeit insbesondere beim Erdöl agiert die chinesische Energiepolitik zur Sicherung der Energieversorgung auf drei unterschiedlichen Ebenen. Erstens sind durch den Wechsel von einer auf rein quantitative wirtschaftliche Wachstumsindikatoren basierenden hin zur „wissenschaftlichen Entwicklungsstrategie“ im 11. Fünfjahresprogramm neben den ökologischen Gesichtspunkten erstmals auch Prioritäten für Ressourcen- und Energieeinsparungen gesetzt. Der Energieeffizienz wird der höchste Stellenwert beigemessen und für den Energieverbrauch werden als Zielmarke bis zum Jahr 2010 sogar erstmals Einsparungen in Höhe von 20% pro Einheit des BIP vorgegeben. Als Ausdruck für die besondere Bedeutung der Energiefrage hatte die parteistaatliche Führung bereits im Juni 2005 eine hochrangig besetzte Führungsgruppe für Energiefragen besetzt. Zweitens strebt die Regierung eine Diversifizierung des Energiemixes bei gleichzeitigem Ausbau der chinesischen Energieproduktion an. Hierzu werden erneuerbare Energien wie Photovoltaik und Windenergie, aber auch Kernenergie und Erdgas gefördert. So sollen innerhalb der nächsten 20 Jahre jährlich zwei Atomkraftwerke gebaut und der Anteil von Erdgas am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 von jetzt 3% auf 8 bis 10% gesteigert werden. Außerdem werden seit dem Jahr 2004 Erdölreserven angelegt. Drittens ist hinsichtlich der Überwachung, Regulierung und Koordinierung der nationalen Energieindustrie ein Umstrukturierungsprozess initiiert worden. Dazu zählen die weitere Verrechtlichung des Energiesektors z.B. durch das Gesetz für erneuerbare Energien von Anfang 2006 und die in Bearbeitung befindliche nationale Energiegesetzgebung als Grundlage für die gesamte Energieindustrie. Des Weiteren sind Reformen bei den staatlichen Energieunternehmen in Planung, über deren konkreten Inhalt aber bislang noch nichts bekannt ist.

Trotz der Bestrebungen, die Abhängigkeit von Erdölimporten durch verstärkte Nutzung und Förderung von anderen Energieträgern zu minimieren, bleibt die Versorgung mit Erdöl nicht nur im Hinblick auf das zunehmende Verkehrsaufkommen der Wunde Punkt der chinesischen Energiesicherheit und ist somit ausschlaggebend für die chinesische Energiediplomatie der vergangenen Jahre. International breit angelegt bemüht sich China um eine Diversifizierung der Quellenländer und der Transportwege, den unmittelbaren Zugang zu Pipelines und die direkte Kontrolle über ausländische Erdöl-, aber auch Erdgasvorkommen. Dazu bedient sich die VR China auf staatlicher Ebene reger diplomatischer Beziehungen sowie Wirtschafts- und Finanzhilfen für wichtige Exporteure. Doch auch die drei Staatsunternehmen China Petrochemical Corporation (SINOPEC), China

National Petroleum and Gas Company (CNPC) und China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) sind maßgeblich an dem Ausbau des Lieferantennetzes beteiligt. Den Hauptanteil der Importe bezieht China bislang aus dem Persischen Golf. Weitere wichtige strategische Regionen, in denen Investitionen getätigt und Abkommen über die Erschließung und Nutzung von Energievorkommen unterzeichnet werden, sind inzwischen Zentralasien, Russland, Afrika und Lateinamerika.

Die chinesische Energiediplomatie ruft international zum einen wegen der sich verschärfenden Konkurrenz um Energiereserven international Argwohn hervor. Insbesondere am Persischen Golf ist mit Verteilungskonflikten zu rechnen, weil die Energieproduktion in Nordamerika und Europa zurückgeht, Russland und Afrika aber voraussichtlich das Angebot nicht an die Nachfrage anpassen können und westliche Industrieländer damit immer stärker von Importen aus der Golfregion abhängig sein werden. Zum anderen unterstellt die internationale Staatengemeinschaft der VR China, durch ihren hohen Energiebedarf Druck auf die internationalen Energiepreise auszuüben. Dieser Vorwurf begründet sich jedoch zumindest im Falle des Ölpreisanstiegs im Jahr 2005 mehr durch subjektive Wahrnehmung als durch objektive Fakten. So stieg die chinesische Nachfrage nach Erdöl lediglich um 3% und machte einen Anteil von nur 16% am Ölnachfragewachstum weltweit aus. Der Preisdruck ist vielmehr im Zusammenhang mit dem globalen Nachfrageanstieg infolge der Belebung der Weltkonjunktur seit dem Jahr 2003 und dem Mangel an zusätzlichen Produktionskapazitäten zu sehen. Darüber hinaus muss sich die VR China für ihren zum Zwecke der Energiesicherung pragmatischen Umgang mit Pariastaaten wie Myanmar, Sudan und Usbekistan kritisieren lassen, konkurriert dieser doch mit den Zielen der Good Governance und Menschenrechte der internationalen Staatengemeinschaft. Auch dieser Kritikpunkt an der chinesischen Energiediplomatie erscheint mit dem Hinweis auf die lückenhafte Investitionssicherheit, die westliche Industrieländer oftmals an der eigenen Erschließung von Energiereserven in den Pariastaaten hindert, in einem anderen Licht.

Neben der globalen Dimension hat die aktive Energiediplomatie der VR China ferner Auswirkungen auf die regionale Rivalität. Größte Kontrahenten um Energiereserven sind hier Indien und Japan. Während die chinesische Regierung um eine energiepolitische Zusammenarbeit mit Indien bemüht ist, herrscht zwischen China und Japan Konkurrenz. Beide Staaten rivalisieren seit Jahren um eine Öl- und Gaspipeline aus Russland. Im Iran konnte China Japan durch

Großinvestitionen als Mitstreiter um Erdöl- und Erdgasreserven ausstechen und auch die Gasfelder im Ostchinesischen Meer bleiben weiterhin ein großer Streitpunkt im bilateralen Verhältnis. Von besonderem strategischen Interesse in der Region ist zudem die Sicherung der Strasse von Malakka, durch die allein 80% der Öllieferungen an China transportiert werden. Hierzu ist China um strategische Partnerschaften mit den diesen Seeweg kontrollierenden Anrainerstaaten Indonesien, Malaysia und Singapur bemüht.

<p>Hauptbüro des Staates (Koordination der Regierung)</p>	<p>Ständige Konferenz des Staatsrats („Inneres Kabinett“) 4 Stellvertretende Ministerpräsidenten 5 Staatsratskommissare</p>	<p>Ministerpräsident</p>
<p>Organe für Sicherheit und Justiz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Öffentliche Sicherheit • Ministerium für Staatssicherheit • Ministerium für Justiz <p>Organe für Soziales</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit • Ministerium für Zivile Angelegenheiten • Ministerium für das Gesundheitswesen • Staatliche Kommission für Angelegenheiten von Minderheitennationalitäten • Staatliche Kommission für Bevölkerung und Familienplanung <p>Organe für Bildung, Wissenschaft und Kultur</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Bildung • Ministerium für Wissenschaft und Technologie • Ministerium für Kultur 	<p>Organe des Staatsrats auf Ministerialebene (28) („Äußeres Kabinett“)</p> <p>Organe mit speziellen Regulierungskompetenzen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Wasserressourcen • Ministerium für das Verkehrswesen • Ministerium für Landwirtschaft • Ministerium für das Bauwesen • Ministerium für das Eisenbahnwesen <p>Organe für auswärtige Angelegenheiten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Außenministerium • Verteidigungsministerium <p>Organe für inneradministrative Angelegenheiten</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ministerium für Disziplinaraufsicht • Ministerium für Personalwesen • Staatlicher Rechnungshof 	<p>Organe des Staatsrates unterhalb der Ministerialebene (47)</p> <ul style="list-style-type: none"> • 20 dem Staatsrat direkt unterstehende Organe (u.a. Staatliche Behörde für Umweltschutz) • 13 dem Staatsrat zugeordnete Institutionen
<p>Koordinierende und temporäre Organe des Staatsrats</p>	<p>Organe des Staatsrates unterhalb der Ministerialebene (47)</p> <ul style="list-style-type: none"> • 20 dem Staatsrat direkt unterstehende Organe (u.a. Staatliche Behörde für Umweltschutz) • 13 dem Staatsrat zugeordnete Institutionen 	<p>Organe des Staatsrates unterhalb der Ministerialebene (47)</p> <ul style="list-style-type: none"> • 20 dem Staatsrat direkt unterstehende Organe (u.a. Staatliche Behörde für Umweltschutz) • 13 dem Staatsrat zugeordnete Institutionen